Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 100 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5969—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis 1,9 Milliarden M. die Woche von 21.—27. Okt.

Sonnabend
20. Oktober 1923

20. 10 a Nr. 488 100 Mill.
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahle eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 M. je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 2 Millionen.

Der Streit im deutschen Lager.

General v. Lossow durch den Reichspräsidenten seiner Funktionen enthoben. — Neue Verhandlungen. — Bayerns Standpunkt. — Kabinettsrat in München.

Der Reichspräsident hat den General v. Lossow im Laufe des gestrigen Abends seiner Funktionen enthoben. Der Kanzler, der dem General die Entscheidung des Reichspräsidenten zu überbringen hat, dürfte heute vormittag in München eingetroffen sein.

Wie wir erfahren, hat jedoch der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich im Laufe des Sonnabendvormittag durch das Eingreifen des Reichskanzlers eine neue Wendung erhalten. Neue Verhandlungen sind angebahnt. Es besteht die Möglichkeit, daß in letzter Stunde doch noch eine Einigung erzielt wird.

*

Mit großer Genugtuung begrüßen wir die Nachricht von den neuen Verhandlungsversuchen und geben der dringenden Erwartung Ausdruck, daß die absolut notwendige gütliche Einigung nicht an der Tatsache der Absetzung des Generals v. Lossow scheitern wird. Der 20. Oktober 1923 ist schon deshalb einer der schwärzesten Tage in der deutschen Geschichte, weil an ihm — mit der Einstellung der Zahlungen im besetzten Gebiet und mit dem Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen — ein neuer, ein wahrhaft verhängnisvoller Abschnitt für das schon gespaltene Rhein- und Ruhrgebiet beginnt. Es wäre eine Ungeheuerlichkeit und für das Ansehen des Deutschtums in der Welt verderblich, wenn am selben Tage ein offener Bruch zwischen dem Reich und dem zweitgrößten deutschen Einzelstaat entstanden wäre.

Nachdem wir heute morgen der Berliner Darstellung Raum gegeben haben, lassen wir hierunter eine Schilderung der Münchener Auffassung folgen.

Die bayerische Auffassung.

gt. **München**, 20. 10. (Eigenbericht.) Der Fall Lossow scheint sich nunmehr, ungeachtet aller Warnungen, zum offenen Konflikt zwischen Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung zu entwickeln. Man betont hier nachdrücklich, daß die Absetzung des Generals von Lossow allen Rechten und allen Befugnissen, die der Landesmannschaftliche Chef, der bayerischen Reichswehrkontingents garantieren, widerspreche.

Die Münchener Blätter sind auf den gleichen Ton gestimmt. Der „Bayerische Kurier" schreibt, einmal finde die Nachgiebigkeit ihr Ende; an diesem Punkte sei man zielbewußt angelangt. Auch die „Münchner Neuesten Nachrichten" warnen davor, vermeiden eindringlich auf die Folgen einer Maßregelung Lossows in nationalen Kreisen und bei der Reichswehr, wo die schwersten Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung aus einer solchen Behandlung des bayrischen Landesschutzkommandanten entstehen müßten.

Nach dem Eintreffen der Erklärung der Reichsregierung in den Verbandsstaaten wird Dr. Gessler und General von Kreß sich heute vormittag hier ein Kabinettsrat statt, zu dem die Generale von Lossow und von Kreß hinzugezogen wurden. Es ist bereits feststellt, daß nach bayerischer Auffassung die Erklärung der Reichsregierung tatsächliche Unrichtigkeiten enthält.

Von einer der bayerischen Regierung nahestehenden Persönlichkeit wird zu den Meldungen in der Berliner Morgenpresse erklärt:

Die von der Reichsregierung in die Presse gegebenen Informationen entsprechen im großen Ganzen der Wahrheit. Nicht ganz richtig ist nur die Darstellung, daß Herr v. Kahr sich nach Eintreffen der „Bölkischen Beobachter" zu verbieten, zunächst mit einer Verwarnung begnügt habe. Die Verwarnung ist dem Blatte schon vor zwei Wochen erteilt worden, dann erst ist das Verbot von Berlin gekommen und kurz darauf ist der „Völkische Beobachter" verboten worden wegen des Aufrufs zur Bildung von Arbeiterwehren. — Die Darstellung der Reichsregierung über die Unterredung Geßlers mit dem General v. Kreß bedarf dahin einer Ergänzung, daß Geßler bei dieser Aussprache den General darauf aufmerksam machte, welche Folgen eine Verschärfung des Konflikts für Bayern haben könne. Die bayerische Regierung hatte nun den Eindruck gewonnen, daß Geßler Bayern gegenüber gerade so wie Herr v. Kahr sich Geßlers Darstellung nur von den wahrscheinlichen Folgen eines Konflikts die Rede gewesen ist. Die Schwierigkeit im Falle Lossow ist zum Teil durch folgenden Zwischenfall verursacht: Der Reichspräsident ernennt den Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos in Bayern. Der Gruppenkommandeur ist aber gleichzeitig der Militärbefehlshaber für das bayerische Gebiet. Dieser kann nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung ernannt werden. Die bayerische Regierung ist daher der Auffassung, daß auch die Absetzung dieses Militärbefehlshabers nicht ohne ihre Zustimmung geschehen kann.

Es ist aber völlig irrig, immer von einem „Fall Lossow" zu sprechen. Als dem General von Lossow sein Abschied zum ersten Male nahegelegt wurde, erklärte er dem Generalstaatskommissar, daß er gern zum Rücktritt bereit sei, um einen Konflikt zu vermeiden. Herr von Kahr stelle damals seß, daß sich kein anderer bayerischer General bereitfinden würde, diesen zu ersetzen, da er in der vorliegenden Situation weder das Vertrauen der Truppe noch die Achtung des bayerischen Volkes besitzen würde. Daraus ergibt, daß die Angelegenheit zu einer rein politischen geworden war, die nicht mehr vor die Soldaten, sondern vor die Politiker gehöre. Von Berlin aus ist der Fehler gemacht worden, daß dauernd seitens des Generals von Seeckt und des Reichswehrministers versucht wurde, auf General von Lossow einzuwirken. Es war namentlich ein Fehler, daß Dr. Gessler zu der entscheidenden Besprechung nach Augsburg statt nach München fuhr, und, statt in München mit dem Generalstaatskommissar zu verhandeln, mit einem dem General von Lossow unterstellten General über den Abschied von dessen Vorgesetzten Besprechungen führte. Der General von Lossow kam dadurch natürlich in eine absolut unmögliche Lage.

Nach Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann und der bayerischen Presse hat Reichswehrminister Dr. Geßler in der Unterhaltung mit General von Kreß ausgeführt, Bayern müsse sich darauf gefaßt machen, daß General v. Lossow durch den Reichspräsidenten abgesetzt würde. Gleichfalls nach Versicherung der bayerischen Presse hat Dr. Geßler für den Fall, daß Bayern trotz Ablehnung nicht binnehme, damit gedroht, daß Bayern vom Reich abgeriegelt werde. Es werde kein Geld und keine Lebensmittel mehr erhalten und die Verfügung über Post und Eisenbahn verlieren. Die schon unternommenen Versuche der bayerischen Regierung, festzustellen, ob der Reichswehrminister im Auftrage der Reichsregierung gehandelt habe, führten zu dem schließlichen Ergebnis, daß Bayern den Rücktritt Dr. Geßlers verlangte und nicht, wie von amtlicher Berliner Seite mitgeteilt worden ist, die bisherigen Beziehungen zu Dr. Geßler abbrach.

*

Man erfährt aus dieser Darstellung, daß die Bayern mancherlei für ihren Standpunkt anzuführen haben und daß es eine sehr primitive Auffassung ist, den ganzen Konflikt auf eine militärische Disziplinfrage hinaussspielen. Hier seien uns noch einige Worte gestattet. Wir brauchen in dem Verständnis für die militärische Disziplin und in ihrer Verteidigung die Konkurrenz des „Bormann" und der „Bölkischen Zeitung" nicht zu scheuen. Die Dinge liegen aber nicht immer so einfach, daß mit Befehlen und Gehorchen alles erledigt ist. Das war schon im Kriege so, wenn mancher von weit hinten gegebene Befehl nicht ausgeführt werden konnte; und das kann auch im Frieden bei politischen Affären eintreten, wenn man eben sehr in den Befehlsbereich der Wehrkreiskommandeure eingegriffen wird. Man sollte niemand zwingen, in der Oeffentlichkeit über Verhältnisse zu sprechen, die besser unerörtert bleiben. Aber es darf doch gefragt werden, ob es wohl des Disziplin in der Reichswehr zuträglich wäre, wenn von Berlin aus der bayerischen Truppe befohlen würde, sich gegen Herrn von Kahr zu wenden. Wir verstehen nicht, daß Dr. Geßler, der doch selbst Bayer ist, sich von militärischer Seite zu einem Befehl hat bewegen lassen, dessen Durchführung, wenn sie überhaupt möglich gewesen wäre, zu schwersten Erschütterungen in Bayern hätte führen müssen.

Ausgleichsverfahren.

Dem „Völkischen Beobachter" in München und der „Roten Fahne" in Berlin ist das Wiedererscheinen auf Grund besonderer Zusicherungen ihrer Chefredakteure gegenüber dem Reichswehrministerium gestattet worden.

Der Präsident der Deutschen Rentenbank.

Dr. August Lenze.

Im Reichsfinanzministerium findet heute nachmittag um 4 Uhr unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Luther die konstituierende Generalversammlung der Deutschen Rentenbank statt. Die Versammlung wird gleich zu Anfang zur Wahl des ersten Präsidenten schreiten, und der Reichsfinanzminister wird im Namen der Reichsregierung die Genehmigung zu dieser Wahl erteilen. Wie bisher bereits in den mehreren Tagen mitteilen können, hat der Verwaltungsrat der ehemaligen preußischen Finanzminister Dr. August Lenze zum Präsidenten der Deutschen Rentenbank vorgeschlagen hat. Die Rentenbank wird voraussichtlich ihre Tätigkeit noch heute aufnehmen. Ein Gesetz, das sie schwierig zu versichern, behebt Deutschland erklärte, daß es nicht das Geld finden könne, auch nur einen Bruchteil der Zahlungen zu finanzieren, wenn es Mittel für andere Ausgaben aller Art beschaffen könne. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, es sei klar, daß die Franzosen, beunruhigt durch die Aussicht, daß Hundertausende unbezahlter Arbeiter ernährt werden müssen, jetzt versuchen, den guten Willens Deutschlands suchen, der gestattet, die Verhandlungen auf eine andere Stelle übergeleiten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Fragen der Sachlieferungen und ihre Finanzierung seine Entscheidung zu fällen. Wie bekannt, hat der Reichskanzler bereits mehrfach erklärt, daß es Deutschland angesichts der gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage unmöglich sei, die Sachlieferungen in der nächsten Zeit zu finanzieren.

Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland?

Halle, 20. 10. (W. T. B.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle, richtet an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf zum Eintritt in den Streik, weil die den mitteldeutschen Bergarbeitern durch den gestrigen Schiedsspruch zugebilligte Lohnerhöhung von 300 Prozent und die Entscheidung über die geforderte Aenderung der Lohntabellen unannehmbar sei. Die Notstandsarbeiten sollen unter allen Umständen verrichtet werden.

Französischer Hohn über Deutschlands Lage.

„Laßt sie ruhig in ihrem Fett schmoren."

S. **Paris**, 20. 10. (Eigenbericht.)

Für die Pariser Presse bieten die Streitigkeiten zwischen Berlin, Dresden und München natürlich höchst willkommenen Stoff, um darüber in sehr gehässiger und zynischer Weise zu berichten. Unter Ueberschriften wie „Abwicht der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich", „Deutschland fällt die Maske selbst", „Wird der ohnmächtige Direktor gestürzt werden?" usw. schildert die ganze Presse von rechts bis links die Ereignisse in Deutschland schwarz in schwarz und bestätigt sich für die kommenden Tage das Allerschlimmste. Nur die Frage nach der wirklichen Ursache für all dieses Elend und all die Schwierigkeiten wagt kein einziges französisches Blatt anzuschneiden oder gar zu beantworten. Der Hohn und Zynismus sind grenzenlos. Sehr geschmackvoll glaubt sich eine politische Wochenschrift ausgedrückt, die heute schreibt: Laßt doch Deutschland jetzt ruhig in seinem eigenen Fett schmoren.

Nur ganz dunkel hebt sich bei einigen Zeitungen die Angst vor der Zukunft ab, und diese verbinden natürlich die Verantwortung für die Ereignisse im Ruhrgebiet und die Möglichkeiten der Entwicklung in Deutschland von sich abzuwälzen. Das bei den Neutralen immer stärker werdende Odium, daß Frankreich mit Deutschland einfach nicht verhandeln wolle, sucht man auf die Weise zu mildern. So macht heute das „Echo de Paris" die Ruhrindustriellen für die Katastrophe im Ruhrgebiet verantwortlich. Sie brauchten sich nur den französischen Bedingungen zu unterwerfen, dann wäre alles gut. Ähnlich wie alles sofort in schönster Ordnung. Seltsam sie aber den Widerstand fort, treffe sie die Verantwortung ganz allein.

Im Zusammenhang hiermit ist auch als recht interessant die gestrige Stellungnahme des radikalen Parteitages zur französischen auswärtigen Politik zu kennzeichnen; Franklin Bouillon sagte wörtlich: „So schlecht der Vertrag von Versailles auch sein mag, hätten wir uns, ihn zu zerreißen. Es ist unsere letzte Möglichkeit, zu verhandeln. Ich bitte Sie, zerreißen Sie diesen Vertrag nicht." Ein Kongreßteilnehmer meinte zum Schluß: Jetzt selbst nur noch eine Huldigungsadresse an Poincaré.

*

Die auf den 22. Oktober anberaumte Londonerkonferenz mußte wegen Erkrankung eines Mitgliedes der französischen Delegation um einige Tage verschoben werden. Wie verlautet, wird die Delegation erst am 27. Oktober in Paris zusammentreten.

Französischer Katzenjammer.

Furcht vor der Verantwortung im Ruhrgebiet.

London, 20. 10. (E. U. B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, trotz einer wenigen Kunst scheine in den französischen Hauptstadt ein gewisses Maß von Verlegenheit zu herrschen. Es werde darauf hingewiesen, daß nicht nur Deutschland in Gefahr ist, sondern daß die Franzosen im Ruhrgebiet sich einer Aufgabe gegenüberstehen könnten, die ihre Leistungsfähigkeit weit übersteigt. Frankreich wolle nicht den Eindruck hervorrufen, indem es sowohl sächlich und endgültig entschlossen sei, unmögliche Bedingungen aufzuerlegen. Es erkenne, daß die Lage, vom französischen Standpunkt gesehen, heute in Essen sich im mindesten seltsam, daß ein mahgebender Wortführer gestern bestens, wenn Deutschland einen Beginn mit den Sachlieferungen machen würde. Trotzdem verlaute, daß Frankreich sein, alle aufrichtigen Vorschläge zu prüfen, die der Reparationskommission übermittelt werden würden. Es werde erklärt, alles, was in Berlin geschehe, sei gegenwärtig Kohlen in Betracht kommen, seien 15 bis 20 Prozent der Gesamtproduktion des Ruhrgebietes. Poincaré habe in dieser Weise die möglichen Entscheidung der Reparationskommission präjudiziert, die schließlich den Sachlieferungsplan mildern könne.

Die Sachlieferungen.

Poincaré „versöhnlicher"?

London, 20. 10. (E. U.) Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, daß Poincaré auf der Pariser Konferenz mit Frankreich bereit sei, in der Frage der Sachlieferungen eine versöhnliche Haltung zu zeigen, und es sei von dem französischen Standpunkt aus durchaus mitgeteilt worden, daß dieser Bericht genau den Standpunkt der französischen Regierung darstelle. Es sagte, es sei schwierig zu verstehen, weshalb Deutschland erklärte, daß es nicht das Geld finden könne, auch nur einen Bruchteil der Zahlungen zu finanzieren, wenn es Mittel für andere Ausgaben aller Art beschaffen könne.

Der Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, es sei klar, daß die Franzosen, beunruhigt durch die Aussicht, daß Hunderttausende unbezahlter Arbeiter ernährt werden müssen, jetzt versuchen, den guten Willens Deutschlands suchen, der gestattet, die Verhandlungen auf eine andere Stelle überzuleiten.

Französische Sozialisten und Reparation.

Paris, 20. 10. (W. T. B.) Auf dem Kongreß der radikal-sozialistischen Partei hielt gestern bei der Beratung der auswärtigen Angelegenheiten Professor Aulard den Antrag, eine Tagesordnung anzunehmen, in der gesagt wird, daß das Reparationsproblem vor den Völkerbund zur Regelung übermiesen werde. Der Führer der Partei, Herriot, widersprach. Es handle sich hier um die moralische Verantwortlichkeit der Partei, deren Abschiedsruf sei: Frankreich über alles. Der Vorschlag Aulards wurde deshalb von dem Antragsteller zurückgezogen.

Die Zigarrenmacherin Mathilde Wolf, die wegen Verletzung des Steuergeheimnisses angeklagt war, weil sie Steuerakten an die Presse gegeben hatte, wurde freigesprochen.

Die Zigarrenmacherin Mathilde Wolf, die wegen Verletzung des Steuergeheimnisses angeklagt war, weil sie Steuerakten an die Presse gegeben hatte, wurde freigesprochen.

Lord Kilmarnock in London.

Wo Uebergabe der deutschen Eisenbahnen in englisch besetzten Gebiet an die Franzosen.

A. **London**, 20. 10. (Eigenbericht.)

Im „Daily Telegraph" wird heute berichtet, daß der Leiter der englischen Abteilung in der Rheinlandkommission, Lord Kilmarnock, in Begleitung einiger leiter Mitarbeiter zu Verhandlungen mit der englischen Regierung in Lawn wieder eingetroffen ist. Soviel bis jetzt bekannt, wird bei diesen Verhandlungen mit der englischen Regierung Lord Kilmarnock die Uebergabe der deutschen Eisenbahnen im englischen besetzten Gebiet an die französische Verwaltung vorschlagen. Da die Bahnen niemals von den Anordnungen an höhere Beamte und einige andere wohnenden Fragen würden zur Sprache kommen. ebenfalls werde das englische Kabinett bereits in einer der nächsten Sitzungen über die Eisenbahner verhandeln, und die technischen Folgen der Pariser Zusammenkünfte hen erwarten daß wiede rein geeignetes Kompromiß gefunden werden würde. Der zeichnerstatter des Blattes, der als Sprachrohr r Londoner französischen Botschaft benutzt wird, ließt seinen Bericht mit einem Angriff auf ie deutschen Industriellen, die sogar in „deutschen" Zeitungen als die unpatriotischen und rachgierigsten Profitmacher bezeichnet rden, die die Welt jemals gesehen habe.

Die „Times" macht abermals einen Versuch, pincaré freundlich zuzureden, sich in Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzulassen, denn nur in diesem Falle könnte das Reich ch einen Teil der Verantwortung für die Ereignisse im Ruhrgebiet übernehmen.

Der eigentliche Zweck den die englischen Blätter dieser Angelegenheit verfolgen, ist an dieser elle oft genug gekennzeichnet worden. Es auch also kann wiederholt zu werden, daß es r „Times" weniger auf die Wahrung der tischen Staatsautorität ankommt als darauf, England im Ruhrgebiet seinen intel bekomme. Aus diesem Zusammenhang ch natürlich auch die heftigen Angriffe der sodann Blätter zu erklären, die sich in letzter it gegen die Führer der Ruhrindustrie bemerkt machen und in gewissen deutschen Zeitungen große Verbreitung erwecken.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Telegraph", der von der Rückkehr des britischen Botschafters Sir Ronald Graham nach Rom einen referieren und raschereren Meinungsaustausch als bisher zwischen den beiden Regierungen erwartet, schreibt, es könne kommen werden, daß die italienische Regierung keinen Einwand gegen die fortige Erwägung der belgischen vorschläge durch die Reparationskommission erhen hätte, wenn nur die britischen Delegierten solches Verfahren unterstützt hätten.

*

Der französische Botschafter Graf St. Aulaire t sich gestern wiederum nach dem Foreign ffice begeben und mit Sir Eyre Crowe eine ngere Besprechung gehabt.

olidhge und die Unruhen auf den Philippinen.

Washington, 20. 10. (E. U.) Präsident olidge hat für den Generalgouverneur der hilippinen General Wood, dessen Bewalg in den letzten Tagen Gegenstand heftiger ritik bildete, Dankestelegramme gesandt. Er ließ ferner ausdrücken, daß die Regierungsmaßnahmen in die geringste Härte bedeutet. Darüber hinaus werden die Truppen der Philippinen seit unter entsprechender Verkürzung der Bezüge eintreten. Im Interesse einer möglichst reibungslosen Durchführung der Maßregeln sollen die Angestellten in den einzelnen Betrieben gehört werden. Auch wie vor bildet der gestende Tarifvertrag die Grundlage für friedliche Vereinbarungen.

Neuer Gewaltsakt der Rheinlandkommission.

Zwangseinziehung der Gehaltsstrafen.

Paris, 20. 10. (E. U.) Laut Meldungen aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandkommission in über die Einziehung der von alliierten Gerichten verhängten Gelder eine neue Verordnung erlassen. Kraft dieser Verordnung wird jede Verweigerung zu Gehaltsstrafen mit dem Verfall der Angabe einer festen Zahlungsfrist mitgeteilt. Wenn und Ablauf dieser Termins die Strafsumme nicht eingezahlt ist, wird das Gigentum, Möbel usw. des Beurteilten beschlagnahmt und in der Höhe der auferlegten Geldstrafe, die Gerichtskosten mit einbegriffen, versteigert.

Linie Hamm-Oberhausen wieder in Betrieb.

Recklinghausen, 20. 10. (E. U.) Die Eisenbahnlinie Hamm—Oberhausen wird, wie wir erfahren, demnächst durchgehend in Betrieb genommen werden. Nach Verhandlungen mit der Regie hat die deutsche Eisenbahnverwaltung heute eine Einigung erzielt; danach soll die gesamte Strecke der deutschen Verwaltung übermiesen werden. Es dürften aber noch einige Tage für die Inbetriebsetzung vergehen, bis alle Hindernisse hinweggeräumt sind, die für einen geregelten Güterverkehr, dieser kommt zunächst in Frage, unbedingt in Wegfall kommen müssen.

Die verschleierte rheinische Währung.

Paris, 20. 10. (E. U.) Das „Journal" erfährt aus Koblenz, daß in allen bedeutenden Fabriken des Rheinlandes die Gründung von Wechselstuben zum Umtausch des geplanten Notgeldes für die Gleichbehandlung unmittelbar bevorsteht. Veranlassung zu dieser Maßnahme gab die Interalliierte Rheinlandkommission.

Lord Beatty englischer Botschafter in Washington?

London, 19. 10. (T. U.) Im Marinekreisen ist damit gerechnet, daß Lord Beatty als Nachfolger von Sir Auckland Geddes nächstes zum Botschafter in Washington ernannt wird.

Konferenz der amerikanischen Gouverneure.

New York, 19. 10. (Eigenbericht.) Auf Einladung des Präsident Coolidge ist gestern in Washington die Konferenz der Gouverneure der Staaten zusammengetreten, um über die Frage der Arbeitslosigkeit zu beraten. Präsident Coolidge hat in seiner Eröffnungsrede betont, daß die Arbeitslosigkeit nicht eine Angelegenheit der Bundesstaaten sei, sondern eine nationale Angelegenheit, die nur durch Zusammenarbeit der Bundesregierung und der Einzelstaaten gelöst werden könne. Präsident Coolidge hat weiter erklärt, daß die Bundesregierung alles tun werde, was in ihrer Macht stehe, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Finanzkonferenz der baltischen Staaten ist beendet worden. Es sind Entschließungen über die Durchführung der Währungsreform und die praktische Zusammenarbeit der Zentralbanken angenommen.

Italien und der belgische Plan.

Vor einem neuen Schritt Mussolinis?

Rom, 20. 10. (E. U.)

Die Agentur Volta veröffentlicht zu der Reparationsfrage eine verschwommene offizielle Note. Zu Eingang der Note wird betont, daß der belgische Plan auf dem Prinzip der produktiven Pfänder aufgebaut sei und die italienische Regierung stets und ständig dieses Prinzip verteidigt habe. Weiter wird in der Note die Anregung aufgeworfen, die Verbündeten möchten, wenn sie ihre Forderungen an Deutschland noch nicht mit genügender Klarheit umschrieben hatten, einen Meinungsaustausch unter sich eröffnen, in der Absicht, die Gesamtforderungen an das Reich auf 50 Milliarden in der eine genauere Ziffer festzusetzen. Falls man die gesamte Reparationsschuld noch weiter herabsetzt, so müssen natürlich die Verbündeten gewisse Opfer bringen, doch seien bei der Verteilung der Prozentsätze an die einzelnen Alliierten die Aufgaben und Anstrengungen der Mächte während des Krieges maßgebende ihrer Hilfsquellen und Finanzkraft zu berücksichtigen.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß Mussolini demnächst einen neuen Schritt in der Reparationsfrage unternehme und einen Standpunkt vertreten wird, der bereits in der vorstehenden Note angedeutet ist.

Masaryks Pariser Besuch beendet.

Das franko-tschechische Bündnis.

S. **Paris**, 20. 10. (Eigenbericht.) Der Präsident der tschechoslowakischen Regierung Masaryk hat gestern abend Paris verlassen und sich nach Brüssel begeben, wo er dem König einen Besuch abstatten wird. Die Zeitungen erzählen weiter über die politischen Folgen seines Besuches in Paris. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wie wir bereits betonten, bestrebt ist, mit Prag ein möglichst enges Bündnis einzugehen. Die Verbindung hierfür scheint gefunden zu sein. Die endgültige Bestätigung ist anscheinend weiteren Besprechungen bei neuen Besuchen Benesch s vorbehalten. Es wird darauf hingewiesen, daß sich Paris eine franko-tschechische Allianz ähnlich wie die im Jahre 1921 mit Polen oberschlesischen Pakt denkt, und zwar einen Pakt auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Das „Journal" nimmt eine gleiche Haltung ein, wenn es sagt, daß in diesen Fragen dürfe man einer Sache die wirtschaftliche Lage zwingt, soweit dem gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, 1. fristlose Entlassungen, 2. Kündigungen mit gesetzlicher Frist und 3. Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Es ist selbstverständlich, daß fristlose Entlassungen nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden sollen. Die Kündigungen werden unter Voranstellung der wirtschaftlichen Notlage der Betriebe nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen, derart, daß diejenigen zuerst davon betroffen werden, für die eine Kündigung verhältnismäßig die geringere Härte bedeutet. Darüber hinaus werden die Tarifvertragsparteien gehalten sein, unter entsprechender Verkürzung der Bezüge einzutreten. Im Interesse einer möglichst reibungslosen Durchführung der Maßregeln sollen die Angestelltenräte in den einzelnen Betrieben gehört werden. Auch wie vor bildet der geltende Tarifvertrag die Grundlage für friedliche Vereinbarungen.

Der Staatsapparat.

Von

Minister a. D. **Hermann Dietrich**, M. d. R.

Darüber, daß der Apparat des Deutschen Reiches im Laufe des Krieges und in der Nachkriegszeit über alles erträgliche Maß hinaus gewachsen ist und daß er auf die Dauer nicht bezahlt werden kann, war man sich in den vernünftigen Kreisen ebenso einig, wie man in Regierung und Parlament unablässig vor, diesen Apparat auf ein erträgliches Maß zusammenzudrücken. Nach dem Bericht des Reichsfinanzministers vom Februar d. J. war der Beamtenstand an planmäßigen Beamten 764 500, an beamteten Hilfskräften 122 500 und an nicht beamteten Hilfskräften einschließlich Arbeitern 679 000, zusammen 1 566 000. Die Wehrmacht und die Marine mit 114 000 Köpfen ist darin nicht einbegriffen. Auf die eigentliche Reichsverwaltung ohne die Betriebsverwaltungen entfallen in runden Zahlen 112 000 planmäßige Beamte, 9000 beamtete Hilfskräfte und 82 000 nicht beamtete Hilfskräfte, so daß im ganzen 202 000 Köpfe vom Reiche beschäftigt werden, wenn man von Post, Eisenbahn und dem Heere absieht. Die Post hat zusammen noch rund 380 000 Köpfe und die Eisenbahn 971 000. Hierbei ist bezeichnend, daß die Kopfzahl des Eisenbahnpersonals 1919 sogar 1 122 000 betrug.

Aus diesen Zahlen ergibt sich zunächst, daß das Schwergewicht bei den Betriebsverwaltungen liegt und daß jeder Finanzminister schwitzt, wenn Post und Eisenbahn eine verkehrte Personalpolitik treiben, zu viel Leute beschäftigen oder das Personal nicht richtig wuten und infolgedessen mit ihrer Defizitwirtschaft den allgemeinen Etat belasten oder gar über den Haufen werfen. Man darf aber daraus nicht etwa den Schluß ziehen, daß man nunmehr dem Zustand der allgemeinen Reichsverwaltung seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen habe. Im Gegenteil: Dieser Apparat mit seinen mehr als 200 000 Köpfen ist viel gefährdeter als die Betriebsführung der Eisenbahn und Post mit Leuten. Weit mehr als die Hälfte dieses Personals entfällt auf die Reichsfinanzverwaltung. Direkt dahinter marschiert das Reichsarbeitsministerium, dessen Apparat überhaupt als das Ungeheuerlichste bezeichnet werden muß.

Die Ministerien selber sind zu reinen Mammutgebilden geworden dadurch, daß man planlos immer weitere Aufgaben auf das Reich übernahm, immer neue Dienste einstellte, immer mehr selbständige Abteilungen schuf, wobei jeder Vorstand einer Abteilung natürlich mehrere Millionen Deutsche, und hinter ihnen ein ganzes Heer sonstiger Drohung die 60 Millionen Deutsche im Reich.

Die Krise der Ruhrindustrie

Essen, 20. 10. (E. U.) Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets, die in der Hauptsache vertreten wird von der nordwestlichen Gruppe des Nordwestlichen Eisen- und Stahlindustriellen hat in der gestrigen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Essen einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage gegeben. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer den Angestelltenvertretungen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Betriebe gegeben haben, die bedingten, daß die einzelnen Punkte der Entlassung aus Arbeitsmangel, 1. fristlose Entlassungen, 2. Kündigungen mit gesetzlicher Frist und 3. Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen.

Es ist selbstverständlich, daß fristlose Entlassungen nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden sollen. Die Kündigungen werden unter Voranstellung der wirtschaftlichen Notlage der Betriebe nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen, derart, daß diejenigen zuerst davon betroffen werden, für die eine Kündigung verhältnismäßig die geringere Härte bedeutet. Darüber hinaus werden die Tarifvertragsparteien gehalten sein, unter entsprechender Verkürzung der Bezüge einzutreten. Im Interesse einer möglichst reibungslosen Durchführung der Maßregeln sollen die Angestelltenräte in den einzelnen Betrieben gehört werden. Auch wie vor bildet der geltende Tarifvertrag die Grundlage für friedliche Vereinbarungen.

Neuer Gewaltsakt der Rheinlandkommission.

Zwangseinziehung der Gehaltsstrafen.

Paris, 20. 10. (E. U.) Laut Meldungen aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandkommission in über die Einziehung der von alliierten Gerichten verhängten Gelder eine neue Verordnung erlassen. Kraft dieser Verordnung wird jede Verweigerung zu Gehaltsstrafen mit dem Verfall der Angabe einer festen Zahlungsfrist mitgeteilt. Wenn und Ablauf dieses Termins die Strafsumme nicht eingezahlt ist, wird das Gigentum, Möbel usw. des Beurteilten beschlagnahmt und in der Höhe der auferlegten Geldstrafe, die Gerichtskosten mit einbegriffen, versteigert.

Linie Hamm-Oberhausen wieder in Betrieb.

Recklinghausen, 20. 10. (E. U.) Die Eisenbahnlinie Hamm—Oberhausen wird, wie wir erfahren, demnächst durchgehend in Betrieb genommen werden. Nach Verhandlungen mit der Regie hat die deutsche Eisenbahnverwaltung heute eine Einigung erzielt; danach soll die gesamte Strecke der deutschen Verwaltung übermiesen werden. Es dürften aber noch einige Tage für die Inbetriebsetzung vergehen, bis alle Hindernisse hinweggeräumt sind, die für einen geregelten Güterverkehr, dieser kommt zunächst in Frage, unbedingt in Wegfall kommen müssen.

Die verschleierte rheinische Währung.

Paris, 20. 10. (E. U.) Das „Journal" erfährt aus Koblenz, daß in allen bedeutenden Fabriken des Rheinlandes die Gründung von Wechselstuben zum Umtausch des geplanten Notgeldes für die Gleichbehandlung unmittelbar bevorsteht. Veranlassung zu dieser Maßnahme gab die Interalliierte Rheinlandkommission,

Zentrale, die doch schließlich nur anordnen, aber nicht ausführen kann, ein zweckloser Leerlauf ist. In den Reichsministerien hat man jeden Sinn dafür verloren. Es wird verfügt und angeordnet bis dort hinaus. Es prasselt von Gesetzen, Verordnungen und Vollzugsvorschriften; effektive Arbeit aber ist nur selten zu finden.

Das schlechte Zusammenarbeiten der Reichszentrale mit den Behörden der Länder hat weiterhin dahin geführt, daß starke Gegensätze auftauchten und daß man gegeneinander arbeitete. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß das Reich zum Teil Behörden schuf, die, obwohl sie ursprünglich neue Aufgaben zu erfüllen hatten, später mit den Landesbehörden in Konflikt gerieten, weil sie deren Aufgaben an sich zu nehmen suchten. Wir wollen einmal absehen von der Tätigkeit des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums im Verhältnis zur Arbeit der Wohlfahrts- und Arbeitsministerien in den Ländern und nur auf den typischen Fall hinweisen: auf das Nebeneinanderarbeiten, wie es zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem preußischen Landwirtschaftsministerium seit Jahren getrieben wird. Nebeneinander bedeutet in der Regel gegeneinander. Aber nicht nur der Gegensatz zwischen Reichs- und Länderbehörden wirkt störend, sondern vielfach auch der Gegensatz unter den Reichsbehörden selber, weil man nach und nach so viel Ministerien geschaffen hat, daß für jede Sache mehrere Ministerien, und infolge der Ueberfüllung des Apparats der einzelnen Ministerien mehrere Referenten zuständig sind. Nur wer den Kampf mit den Ressorts seit Jahren hat führen müssen, weiß, was dieser katastrophale Zustand für das Volk und den Staat bedeutet.

An diesen drei Punkten muß angesetzt werden. Es müssen eine Unmenge Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden. Der Staat darf sich nicht mehr um die Privatwirtschaft kümmern, als unbedingt notwendig ist. Der Staatsapparat darf durch unnötige Eingriffe, wie dies jetzt der Fall ist, die Privatwirtschaft nicht hindern, denn der dadurch entstehende Schaden in der Produktion ist noch größer als die Last, die die Produktion dadurch trägt, daß sie einen unnötig großen Staatsapparat bezahlen muß. Zweitens: die Zentralbehörden müssen der Zahl nach verringert und in ihrer Zuständigkeit auf die Oberleitung beschränkt werden, währen der Vollzug den nachgeordneten Reichs- und Länderbehörden zu überlassen ist. Drittens: das Neben- und Gegeneinanderarbeiten wird sich nach Durchführung von eins und zwei verringern, namentlich durch Aufhebung einzelner Instanzen. Im übrigen muß es dadurch beseitigt werden, daß nach Wiederherstellung der Reichsautorität die Organe der Länder bedingungslos gehorchen.

Daß Voraussetzung einer geordneten Staatsverwaltung im übrigen die Lösung des Währungsproblems ist, daran haben wir allenthalben auszugehen. Ebenso betrachte ich es als selbstverständlich, daß ein vernünftiges Arbeitszeitgesetz diejenigen, die keine besonders schwere Arbeit haben, zu mehr als achtundvierzigstündiger Arbeit in der Woche zwingt.

Bleibt noch die Frage zu erörtern, ob es überhaupt möglich ist, den Staatsapparat abzubauen, ob man es verantworten kann, Tausende und Abertausende zu entlassen und auf die Straße zu setzen, namentlich in einer Zeit wie der heutigen. Diese Frage ist durchaus zu bejahen. Und die Durchführbarkeit ist auch gesetzlich vorhanden. In der allgemeinen Reichsverwaltung sind über 80 000 nicht beamtete Hilfskräfte, in der Post 70 000 und bei der Reichsbahn 526 000. An diesen Stellen muß eingesetzt werden. Denn das nicht beamtete Personal kann ohne weiteres verringert werden. Der Zugang aber zu dem beamteten Personal muß gesperrt werden. Und es müssen diejenigen Beamten, die nicht notwendig sind, schleunigst pensioniert oder auf Wartegeld gesetzt werden. Denn wenn man nicht den Mut hat, dies zu tun, dann wird jeder, der in der Gefahr ist, entlassen zu werden, den Versuch machen, einen unnötigen Apparat zu erhalten, um seine eigene Notwendigkeit zu beweisen. Im äußersten Falle darf auch nicht davor zurückgeschreckt werden, Beamte zu zwingen, eine Beschäftigung zu besorgen, die ihnen vielleicht nicht zusagt. Hier und da wird sogar daran gedacht, den jüngeren Beamten ihre Rechte zu verkürzen. Jedenfalls ist für die älteren Beamten, die großenteils noch eine gesunde Tradition aus der Zeit vor dem Krieg sich erhalten haben besser, wenn rücksichtslos verfahren wird, und wenn der Staat so wieder zahlungsfähig gemacht wird. Zurzeit kann man das nicht von ihm sagen. Sonst läuft die Gesamtheit der Beamtenschaft Gefahr, daß das Deutsche Reich aufhört — und damit auch die Beamtenrechte. Denn daran glaubt doch kein Mensch, daß, wenn das Reich zerfällt, die dann entstehenden französischen Vasallenstaaten und die deutschen Einzelstaaten daran denken würden, in die Verpflichtungen des Reiches einzutreten.

Den Bezugspreis der „DAZ“ für die morgen, Sonntag, beginnende Woche in Höhe von 1,9 Milliarden Mark bitten wir für die Botenfrau bereithalten zu wollen.

Wer wegen etwa zufällig verzögerter Zahlung die „DAZ“ nicht wie gewohnt weiter erhalten sollte, wird gebeten, dies sofort telephonisch (Nollendorf 5980) oder auf unfrankierter Postkarte der Expedition, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/32, mitzuteilen.

Der Verlag.

Beamtenabbau.

Der Regierungsentwurf.

Im Reichsfinanzministerium ist der Entwurf einer Verordnung über den Abbau des Beamtenapparates fertiggestellt worden, aus der wir die nachstehenden neuen Einzelheiten geben:

Der Entwurf der Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reiches, genannt Personalabbauverordnung, besteht aus 23 Artikeln, Artikel 1 befaßt sich mit den Aenderungen des Reichsbeamtengesetzes:

Aenderungen des Reichsbeamtengesetzes:

§ 23 Absatz 1 wird dahin geändert, daß im Gegensatz zum heutigen Rechte eine Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichartigen Laufbahn auch dann erfolgen kann, wenn dieses Amt einen geringeren Rang oder ein geringeres planmäßiges Einkommen hat. Bei der Versetzung in ein solches Amt von geringerem Rang bleibt dem Beamten die bisherige Amtsbezeichnung.

§ 25 wird dahin geändert, daß durch Verfügung des Reichspräsidenten jederzeit in einstweiligen Ruhestand versetzt werden können: die Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren bei den obersten Reichsbehörden und beim Bureau des Reichspräsidenten, der Reichskommissar und der Präsident der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete der Direktor des Reichskommissars für Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten, der Reichskommissar für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung, die planmäßigen Referenten im Bureau des Reichspräsidenten, in der Reichskanzlei, die Botschafter, Gesandten, Geschäftsträger, Generalkonsuln usw.

§ 26 wird dahin geändert, daß das Wartegeld 80 % des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens beträgt. Hat der Beamte noch nicht 30 Jahre Dienstzeit, so werden für jedes Jahr, das unter 30 Jahren ist, zwei Prozent vom ruhegehaltsfähigen Diensteinkommen gekürzt. Das Wartegeld beträgt aber mindestens 35 %. Das Wartegeld beträgt höchstens 80 % des Einkommens des Beamten der Gruppe 12 mittlere Dienstaltersstufe (eines Oberregierungsrates).

Besonders wichtig ist der nachstehende Artikel der Verordnung der mit dem Abbau der Beamtenschaft auch die Frage der Zuschüsse an Länder und Kommunen neu regelt. Er hat im Entwurf folgende Fassung:

Ausdehnung auf die Länder und Gemeinden.

1. Die Länder sind berechtigt sowie verpflichtet: a) für die Landesbeamten sowie für die Beamten der Gemeinden (Gemeindeverbände) eine den allgemeinen Grundsätzen der Artikel 1—9, 11, 15 dieser Verordnung entsprechende Regelung zu treffen, b) zum Artikel 1 entsprechende gesetzliche Vorschriften bis zum 1. Januar 1924 zu erlassen.

2. Die Zuschüsse, die die Länder nach § 60 des Finanzausgleichgesetzes vom 23. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. 494) für sich und ihre Gemeinden erhalten, sind vom 1. April 1924 auf 15 vH. zu kürzen. Mit Wirkung von dem in Artikel 1 bezeichneten Zeitpunkt werden weitere 10 % gekürzt. Soweit Länder und Gemeinden in Ausführung des Absatzes 1 Wartegelder und Abfindungssummen zu zahlen haben, gewährt das Reich den Ländern für diese und ihren Gemeinden Zuschüsse in Höhe von 75 vH. der nachgewiesenen Aufwendungen.

Auf Beschluß des sowjetrussischen Bundesexekutivkomitees findet die dritte Tagung des Komitees nicht, wie im August beschlossen, in Tiflis, sondern am 5. November in Moskau statt.

„Arbeit“.

Eine der Hauptbedingungen für den Erfolg unserer neuen Währung ist die Forderung nach produktiver Mehrarbeit, die auf der einen Seite durch Vermehrung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Einfuhr teuren Einfuhrgetreides einschränken und auf der anderen durch die Erhöhung des Exportes von Halb- und Fertigfabrikaten unsere Handelsbilanz und in deren Gefolge die Zahlungsbilanz wieder allmählich aktiv gestalten soll. Daß wir infolgedessen zunächst kein Recht haben, uns an den Achtstundentag zu klammern, ist an dieser Stelle des öfteren zum Ausdruck gebracht worden. Ein wertvoller Beitrag zu diesem Thema, betitelt „Arbeit“ von Dr.-Ing. Carl Köttgen, erschienen in Nr. 54 der „Siemens-Mitteilungen“, veranlaßt uns, einige Feststellungen zu veröffentlichen, die ganz klar die Notwendigkeit unserer Forderung erkennen lassen:

Bei den Siemens-Schuckert-Werken ist im letzten Geschäftsjahr pro Kopf aller beschäftigten Personen nur 74,8 v. H. von dem im letzten Friedensjahre 1913/14 Hergestellten produziert worden. Zu der Frage: „Wie erklärt sich die Mindererzeugung?“ gibt Dr. Köttgen folgende Antwort: „Die Arbeitszeit ist kürzer geworden. Urlaub und gesteigertes Krankmelden steigern den Ausfall. Es werden weniger Ueberstunden gemacht; im Frieden waren es bei uns 8—10 % von den Gesamtarbeitsstunden, heute sind es noch nicht 1 %. Ferner die Zahl der unproduktiv Tätigen ist wesentlich gestiegen. Das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitern ist weit ungünstiger geworden. Schon im Frieden war es nicht günstig, bei den Siemens & Halske A.-G. 1 : 4 %, heute 1 : 2,9 %. Bei den Siemens-Schuckert-Werken 1 : 2,5, heute 1 : 2.“

Diese Tatsachen zeigen klar, wo der Hebel anzusetzen ist. Mehrarbeit ist notwendig, ist das Gebot der Stunde, so schreibt Dr. Köttgen weiter. Mehrarbeit, die mit Lust und Liebe im Dienst des Ganzen geleistet wird, die getragen wird von dem Bewußtsein der gegenseitigen Hilfe. Sie ist notwendig für die Gesundung und den Wiederaufstieg des augenblicklich unmenschlich gequälten deutschen Vaterlandes.

Friedensschluß zwischen preußischer Regierung und Staatsrat.

Anfrage über den Rückgang der Kohlennachfrage.

Der Rechtsstreit zwischen dem preußischen Staatsrat und der Regierung, der lange Zeit hindurch Oeffentlichkeit und Sachverständige beschäftigt hat, ist nunmehr beendigt worden. Der Staatsrat nahm in seiner Sitzung am Freitag einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes an, nachdem auch die Regierung ihre Zustimmung erklärt und loyale Durchführung zugesagt hatte.

Zugestimmt wurde weiter einem Gesetzentwurf über die Verleihung von Braunkohlefeldern an den Staat, der einen Einfluß des Staates auf dem Gebiete des Braunkohlenbergbaus verstärken will. In einer förmlichen Anfrage an die Staatsregierung beschäftigt sich der Staatsrat mit der Ueberproduktion und der geringen Absatzmöglichkeit im Bergbau und ersucht um Auskunft, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht in höherem Maße von inländischen Bergwerken bezogen wird.

Haussuchungen bei Rechtsstehenden.

Deutschnationaler Protest.

In einer Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei heißt es: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo auf Veranlassung des preußischen Innenministers in unseren Geschäftsstellen und nationalen Verbänden Haussuchungen vorgenommen werden. Sie führten stets zu einem vollkommenen Fiasko weil gar keine tatsächliche Veranlassung dazu vorlag. Unsere Geduld ist zu Ende. Wir haben durchaus nicht die Absicht, uns auf eine gleiche Stufe mit den staatsgefährlichen umstürzlerischen Organisationen der Kommunisten zu stellen und werden deshalb rücksichtslos alle verfassungsmäßigen Mittel einsetzen, um eine Einstellung dieser unrechtmäßigen Vergewaltigungen zu erzwingen.

Verbot des Betriebsrätekongresses in Baden.

Karlsruhe, 20. 10. (W. T. B.) Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Abhaltung des für morgen nach hier einberufenen Betriebsrätekongresses auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten worden. Die verschiedentlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und Gewalttätigkeiten, die sich seit dem 10. 10. in Baden ereignet haben, dürften die Grundlage für das erwähnte Verbot sein.

Im Bezirk von Barcelona (Spanien) sind 25 höhere Gerichtsbeamte abgesetzt worden.

Steuerdefensive der Landwirtschaft.

Gegen die Ueberspannung der Gesetzgebung.

Der **Reichslandbund** richtet in Verfolg seiner Bemühungen, die geplante wertbeständige Besteuerung von der Landwirtschaft abzuwehren, eine Eingabe an den Reichsfinanzminister, in der er unter Berufung auf die sich häufenden Klagen über die Auswirkungen der neuesten Steuergesetze, besonders gegen die

Aufwertung fälliger Steuern,

vorgeht.

Es heißt darüber u. a.:

Wir bestreiten nicht das Recht des Reiches auf Befriedigung seiner Steueransprüche in möglichst vollwertigem Gelde, andererseits darf aber die Geldentwertung nicht allein dem Steuerpflichtigen zugeschoben werden. Der Landwirt muß die Steuer nach mehreren Monaten in einem nach Gold aufgewertetem Betrage entrichten, während er nicht in der Lage ist, seine Einnahmen goldmäßig zu steigern oder sich einen goldwertigen Betrag für eine Steuersumme, deren Höhe er noch nicht kennt, zur Verfügung zu halten. Diese Verhältnisse auf dem Gebiet der Steuerzahlungen sind untragbar. Der Landwirt ist zurzeit fast ganz mit den von ihm nicht zu übersehenden Steuervorschriften und mit der Abwicklung seiner steuerlichen Verpflichtungen beschäftigt. Die Rückwirkungen auf die Nahrungsmittelerzeugung liegen auf der Hand. Wir glauben, nicht besonders betonen zu brauchen, daß die Sicherstellung der Volksernährung die Hauptaufgabe der Reichsregierung ist und nicht durch sich überstürzende und vom Landwirt nicht zu übersehende Steuerverordnungen geschädigt werden darf.

Unerträglich ist auch der Zustand der Rechtsunsicherheit und Rechtlosigkeit des Steuerpflichtigen gegenüber den Finanzämtern. Auf den Landwirt wird die Gefahr unrichtiger Veranlagung abgewälzt. Beschwerend treten hierzu noch die kurzen Zahlungsfristen mit ihren geldlichen Nachteilen hinzu.

Da fast alle zur Erhebung gelangenden Steuern nunmehr auf Gold abgestellt und dem Reich hierdurch wertbeständige Einnahmen zugeführt werden, haben

Sondersteuern

ihre Berechtigung verloren. Hierunter fallen die Betriebssteuern (Landabgabe), welche für die weitaus größte Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe untragbar geworden ist, und die Rhein-Ruhrabgabe, die infolge der Aufgabe des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr unbegründet ist.

Die Umstellung der Steuern auf Gold ermöglicht und fordert es, die steuerliche Belastung und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft im Zusammenhang zu betrachten.

Nach den Berechnungen der Zentralstelle zur Erforschung landwirtschaftlicher Betriebsverhältnisse betrug für das Wirtschaftsjahr 1921/22 der Reinertrag landwirtschaftlicher Betriebe der Provinz Pommern nur 11,5 Prozent des Friedensreinertrages. Für die Provinz Brandenburg betrug dieser Satz 9,3 Prozent. Nach unseren Berechnungen beansprucht die zurzeit zu übersehende steuerliche Belastung bei besseren Böden etwa 60—65 Prozent des Bruttoertrages. Bei leichteren Böden dürfte dieser Satz noch höher sein.

Die Landwirtschaft stellt daher folgende

Forderungen:

1. **Abbau der Reichsausgaben** in Verbindung mit allen Maßregeln, die zu einer Steigerung der Produktion und Rentabilität in allen öffentlichen und privaten Betrieben führen;
2. **Vereinfachung des Steuersystems** durch Beseitigung aller Sondersteuern und Beschränkung auf einige wenige große Steuerquellen unter Berücksichtigung der Gesamtleistungsfähigkeit der Landwirtschaft;
3. **Beseitigung der unerträglichen Vorschriften** auf dem Gebiete der Steuerzahlung;
4. **Wiederherstellung des ordentlichen Veranlagungsverfahrens** und Rechtsschutzes.

*

Kartoffelzwangswirtschaft in Bayern.

München, 20. 10. (W. T. B.) Der Generalstaatskommissar ordnete mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern an, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln angebaut hat, verpflichtet ist, bis zum 17. November 30 Prozent seiner gesamten Kartoffelernte an Verbraucher oder zum Kartoffelhandel zugelassene Personen in Bayern abzugeben, widrigenfalls Enteignung erfolge. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbußen bestraft.

Englische Hetze gegen den deutschen Schiffbau.

In London, Olympia, fand in der zweiten Septemberhälfte eine gut beschickte Schiffahrts- und Maschinenausstellung statt. Von den ausgestellten Objekten erregte ein zigarrenförmiges unsinkbares, „fliegendes Motorboot“ (Oberflächenrutscher) mit einer Renngeschwindigkeit von 68 Seemeilen besonderes Interesse. Der Petroleummotor entwickelt 450 HP. Die Besatzung bei Wettrennen beträgt 14 Köpfe. Das Boot soll als Rettungsboot besonders brauchbar sein und kann 40 Personen aufnehmen. Der auf deutschen Schiffen längst bekannte und erprobte „Selbststeuerer“ (System Dr. Anschütz-Kämpfe, Kiel. Näheres siehe „Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen“ von Nauticus 1923) erregte als eine „most ingenious british invention“ starkes Interesse.

Beachtet wurde auch ein Apparat, der das „Durchgehen“ der Maschine in schwerer See verhindert und so Wellenbrüche und Propellerbeschädigungen ausschließen soll.

Auf einem Bankett gelegentlich dieser Schiffahrtsausstellung, das zu Ehren von Vertretern von 18 Fremdstaaten gegeben wurde, benutzte Lord Aberconway die günstige Gelegenheit, um der Welt wieder einmal zu verkünden, daß die britische Schiffahrtsindustrie die erste und beste der Welt sei. Behindert werde sie nur durch die deutsche illegale Konkurrenz und nur darauf sei die heutige betrübliche Lage der englischen Schiffbauindustrie zurückzuführen, der es an Aufträgen in einem Maße fehle, wie es seit einem Menschenalter nicht der Fall gewesen sei. Als Beleg führt er an, daß die deutsche Werftindustrie die englische bei einem Neubauauftrage um 40 % unterboten habe. Er schloß schwere Angriffe gegen die deutschen Großindustriellen an, die mit dem Marksturz das „größte Schwindelmanöver der Welt“ durchgeführt und mit geraubten Geldern ihre Werke modernisiert hätten. Aber, so schloß er, der Genius der britischen Erfinder werde trotzdem siegen. Deutschland müsse gezwungen werden, seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag restlos zu erfüllen. Nur so sei es als gefährlicher Wettbewerber Englands auszuschalten.

Ein Herr Flannery, M. P., bedauerte dann noch anschließend, daß die Schiffsmaschine der Zukunft, der Dieselmotor, von einem Deutschen erfunden sei, aber, so fügte er hinzu, wirtschaftlich brauchbar sei die Dieselmaschine erst durch die großartigen Verbesserungen geworden, die in England das Licht der Welt erblickt hätten. Die deutschen Techniker werden für diese englische Arroganz nur ein Achselzucken und ein Lächeln haben.

Dann wurde auch auf dieser Versammlung wieder mit den Heuersätzen auf deutschen und englischen Schiffen operiert und zahlenmäßig nachgewiesen, daß die englischen Schiffe zugunsten der Deutschen mit Verlust arbeiten müßten. Auf einer Anfang September abgehaltenen Versammlung der Walford Lines war schon gefordert worden, daß die deutschen Schiffe in englischen Häfen mit einer Steuer belegt werden sollten, die die Differenz zwischen den Mark- und den Pfund-Sterling-Löhnen ausgleicht. „Das Freihandelsprinzip, das Paladium der englischen Wirtschaft, würde dadurch nicht angetastet.“

Lord Aberconway gehört wahrscheinlich zu den „Die Hards“ und ist jedenfalls ein Gesinnungsgenosse von Lord Rothermere und Lord Birkenhead, denen zum mindesten Wahrhaftigkeit bei ihrer antideutschen Hetze und bei ihren Vernichtungszielen nicht abgesprochen werden kann. Im übrigen lebt er aber offenbar außer der Welt und seine Zahlen und Angaben sind rückständig. Ihm ist entgangen, daß die Materialpreise und Löhne auf den deutschen Werften den Weltmarktpreis schon überschritten haben und daß wiederholt ausländische Auslandsaufträge für deutsche Werften zurückgezogen sind. Die auf deutschen Werften noch im Bau befindlichen Schiffe werden recht kostspielig werden, und was nach ihrer Fertigstellung aus der deutschen Werftindustrie werden wird, ist noch nicht abzusehen. Dem Lord ist ferner entgangen, daß bereits deutsche Schiffbauaufträge nach Holland und Dänemark vergeben wurden. Unberücksichtigt bleibt auch, daß durch die neue „Goldmark“ die Heuerdifferenz auf deutschen und englischen Schiffen verschwinden wird. Wobei zu berücksichtigen bleibt, daß die mit Laskaren und anderen Farbigen betriebenen englischen Schiffe erheblich geringere Heuren zahlen als die übrigen Schiffe der Welt.

Was die in der Tat schlechte Lage der englischen Schiffbauindustrie, die durch vielfache Streiks auf englischen Werften noch verschärft wurde, und den englischen Handel insgesamt anbetrifft, so darf sich Lord Aberconway bei Herrn Poincaré dafür bedanken, dessen brutale Zerstörung des größten Industriezentrums in Europa den Handel und die Schiffahrt der ganzen Welt und damit auch die Schiffbauindustrie Englands zum Schaden aller Völker und ohne Nutzen für Frankreich auf das schwerste beeinträchtigt hat. Objektive Volkswirtschaftler aller Länder, auch solche in England, haben die katastrophale Wirkung des Ruhreinbruches auf den Handel und die Wirtschaft der ganzen Welt unumwunden zugegeben.

Köstlich ist das Bedauern, daß die Dieselmaschine nicht in England erfunden wurde. Der Versailler Vertrag hat wahrlich in genialer Weise ausgeklügelt, wie Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu zerbrechen sei. Aber eine sichere Methode, um die deutsche Wissenschaft und die deutsche Technik geistig zu entmannen, hat selbst die Gemeinschaft der Verfasser des Versailler Schanddiktates nicht herausgefunden. Hg.

Aerzte gegen Krankenkassen — in England.

A. London, 18. 10. (Eigenbericht.) Eine Vertreterversammlung der englischen Aerzteschaft beschloß einstimmig, gegenüber den Krankenkassen in den Streik zu treten. Es handelt sich um eine finanzielle Streitfrage, die bereits seit langer Zeit zu heftigen Kämpfen zwischen Aerzten und Krankenkassen Veranlassung gab. Die Krankenkassen bezahlten bisher ein Jahreshonorar von 8½ sh für jeden Patienten, während die Aerzte 9½ sh verlangen.

Wenn ich der Herr Diktator wäre,

dann würde ich in väterlicher Weise die Volksgenossen vor allen Dingen auffordern:

1. sich ein Vierteljahr lang allen Fleischgenusses zu enthalten. Besonders Kinder können ja sehr gut ohne Fleisch leben, auch Fett brauchen sie nur wenig, dagegen haben Kinder ein großes Verlangen nach Süßigkeiten. Da aber Zuckerwaren nach Professor Bunge auf die Dauer schädlich sind, so gebe man ihnen das bekannte Biomalz entweder aufs Brot gestrichen oder in einer Tasse, in der sie es sich schaumig schlagen können. Das ist ein ganz besonderer Hochgenuß — auch für Erwachsene.

   Ein Pfund Biomalz reicht als Brotaufstrich nicht nur länger als Fett, es ist auch billiger als dieses. Außerdem: Biomalz aufs Brot macht die Wangen rund und rot. Jedes Kind weiß das;

2. sollte man wenigstens ein halbes Jahr lang den Genuß von Bohnenkaffee einstellen. Bohnenkaffee ist sehr schön, aber teuer und außerdem ohne jeglichen Nährwert, dafür sollte man Kaomalt nehmen. Welch ein köstliches Getränk. Wenn die Hausfrauen das nur wüßten! Und wenn sie weiter wüßten, daß Kaomalt von sehr hohem Nährwert ist und auch anregende Eigenschaften hat — sie würden sicher alle dieses schöne, angenehm duftende Getränk einführen.

3. sollte jeder ein Jahr lang täglich eine Stunde länger arbeiten.

Herrschaften, würden wir Devisen sparen! Der Dollar würde rapide fallen, der Staat kriegte Steuern in Hülle und Fülle, und die Franzosen würden sich halbtot, wenn nicht gar ganz tot ärgern.

In dieser gemütlichen Weise würde ich auch sonst regieren, wenn alle Volksgenossen von rechts bis links mit meiner Wahl zum Diktator einverstanden wären. Ich bin bereit schon morgen anzufangen. Stimmzettel sind abzugeben bei den Biomalz- und Kaomalt-Werken in Teltow 41.

Die Juryfreie Ausstellung.

Zur heutigen Eröffnung.

Der Maler Hermann Sandkuhl, der seit einer Reihe von Jahren die Leitung der Juryfreien Ausstellungen hat und diese Ausstellung zur lebendigsten Kunstschau des ganzen Jahres erhoben hat — Hermann Sandkuhl hat dieser Tage eine Klasse an der Akademie bekommen. Ob für seine Leistungen mit der Juryfreien, bleibe dahingestellt: man freut sich aber, daß er sie bekommen hat und beschließt, es als ein Zeichen offizieller Anerkennung zu deuten. Zumal, wenn man diese Ausstellung durchwandert, die heute mittag im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eröffnet worden ist.

Diese Ausstellung war nämlich ursprünglich ganz anders geplant. Sandkuhl hatte die Münchener, die Stuttgarter, die Weimarer, alle möglichen jungen Kunstvereinigungen zur Beteiligung aufgefordert. Zu einer Zeit, als der Dollar 20 000 stand und Bahnfrachten auch für Maler noch erschwinglich waren. Als man mit der Ausführung begann, kamen die Millionen- und Milliardenziffern und die Absagen. Und die Ausstellung mußte völlig umgedacht und im Plan umgeordnet werden.

Diese Leistung hat der Professor Hermann Sandkuhl fertig bekommen — und noch mehr: er hat eine Ausstellung zusammengebracht, die deutlicher als irgendeine der früheren die Grundlinien der nachexpressionistischen Entwicklung erkennen läßt, die den ganzen Wirrwarr in den deutschen Seelen, vom Bezirk der Tanten bis zum Revolutionär sichtbar macht — und zugleich doch zeigt, was sich Wesentliches begibt. Aus einem ungeheuren Wirrwarr von Dingen — man stelle sich für einen Augenblick diese hier vereinten Bilder durcheinandergehängt vor — ist ein Organismus entstanden, der über das Wesen der Zeit und ihr Wollen immerhin einiges aussagt.

*

Auf der rechten Seite hat man diesmal in den vorderen Räumen das Zentrum der ganzen Ausstellung vereinigt. Hauptsächlich die Maler der jüngeren, nachexpressionistischen Generation; von den älteren ist eigentlich nur noch Schmidt-Rottluf mit einigen Bildern und einigen Nachbetern vertreten. Man sieht, wie der Expressionismus sich ausbreitet, verzweigt: ins Dekorative, ins Oestliche, ins Pathologische — und wie er plötzlich seine Antithese sich gegenüber hat, den neuerwachten Naturalismus. Ein Raum gehört Otto Dix, dem richtigen (aber in vielen Räumen hängen schon falsche Dixe). Da hat man die heimliche Wendung der Zeit auf einmal sichtbar vor sich: bis an das Panoptikum heran wird hier die Rückwendung, wenn auch nicht zur Natur, so doch zur Wirklichkeit vollzogen. Die Sachen sind scheußlich, zumal sie prinzipiell scheußlich sind im Gegenständlichen wie im Malerischen; sie zeigen aber am klarsten den Wandel, der sich vollzogen hat. Das Wirkliche hat für die Vernachlässigung, die man ihm 15 Jahre lang angetan hat, Rache genommen und sich in seiner penetrantesten Form wieder durchgesetzt. Es ist kein Zufall, daß diese Dinge in Dresden, im Bannkreis Richard Müllers entstanden sind: die sächsische Wirklichkeit mußte zuerst wieder durchbrechen, nachdem sie zuerst (bei der „Brücke“) eliminiert worden war. In den Bildern von Dix ist sie nicht nur gemalt, man riecht sie sogar. Obwohl die Seele dieses Malers im Grunde ästhetisch veranlagt ist — man braucht sich nur seine Aquarelle in ihrer ovalisierenden Farbigkeit einmal näher zu besehen und durch das Prinzipielle nicht verblüffen zu lassen.

Nicht weit davon beginnt das Reich der Konstruktivisten. Die sind nun ganz antiwirklich, so sehr, daß der Kubismus um Picasso und der Futurismus an ihnen gemessen mit der Natur auf einem sehr vertrauten Fuße standen. Diese Malerei der geometrisch strengen Flächen, der blauen und roten Kreise, Rechtecke und der scharfen Linien steht stolz für sich, in ihrem eigenen Reich des reinen Geistes: nur die Abstraktion herrscht, die noch viel viel schwerer zu lernen ist als die Mathematik. Aber da und dort kommt einer und findet diese Malerei noch nicht konstruktiv genug, sondern beginnt zu konstruieren. Auf weißem Karten mit Draht und Korsettstangen, in dicken Rahmen mit bemalten Blech- und Pappflächen und bunten Gläsern die elektrisch durchleuchtet und bestrahlt werden, schließlich in irgend einer Bastelei aus Holz, Draht, Blech, Pappe. Der Maler malt nicht mehr, er konstruiert, er bastelt, d. h. er macht — Wirkliches. Am entgegengesetzten Pol steht plötzlich dasselbe: die verfemte Wirklichkeit bricht auch hier wieder ein. Und hier fast noch schlimmer wie drüben bei Dix. Denn dort ist sie noch Objekt: hier übernimmt sie die Führung. Hier werden Dinge nicht mehr gemalt, sondern höchstens noch bemalt, wie Oskar Oehmes nebenbei bemerkt sehr hübsche Schränkchen; im übrigen werden Dinge hier hergestellt. Der vergewaltigte Wirklichkeitssinn beginnt auf den prinzipiellen Geist zu husten und fängt an mit der Abstraktion zu spielen, wie die Kinder mit dem Baukasten. Die Sache hat entschieden starke Reize, zumal wenn man bedenkt, daß drüben der Naturalismus eigentlich aus Haß gegen die Wirklichkeit entsteht und hier das Abstrakte eigentlich aus Haß gegen die Kunst, — d. h. gegen den Geist.

Betrachtet man die Ausstellung von diesem Grundriß aus, so bekommt man trotz der Fülle der Möglichkeiten, die sich aus dem Widerstreit dieser beiden innerlich verwandten, äußerlich feindlichen Tendenzen zur Welt und zum Geist ergeben haben, eine ziemlich übersichtliche Ordnung in die Vielheit. Von der primitiven Komik der traditionell dilettantischen Porträts und Gruppen und Historien (unter denen sich doch zuweilen einmal Dinge finden, die bei allem Dilettantismus ein ganz einfaches reines Gefühl trägt, wie etwa die kleinen Landschaften von Otto Luke) bis hin zu den in feierlich geschlossenem Zuge auftretenden Weimaranern; von den Deutschen bis zu den Russen, Schweizern, Ungarn, Holländern wird das Ganze bei allen Verschiedenheiten des Persönlichen übersichtlich und sinnvoll, wenn auch die einzelnen Bilder dadurch nicht schöner werden.

*

Das ist nämlich nun doch wieder das Seltsame: daß man in einer so guten und lebendigen Ausstellung so wenig Dinge findet, die man besitzen möchte. Es gibt viel Interessantes, viel Kräftiges, vieles, in dem mit allen möglichen Problemen gerungen ist, es gibt sehr wenig, vor dem man feststellt, daß man's haben möchte. Man sagt sich: die Menschen, die diese Dinge gemacht haben sind sicher sehr interessant, manchmal sogar ein bißchen pathologisch, — aber mit ihnen umgeben ist für mich nicht ganz leicht (nicht einmal mit denen, deren Erzeugnisse hinten rechts hängen). Und mit ihren Bildern auch nicht. Mit den Landschaften da geht's noch, — aber mit den andern, da hörts auf. Und auch mit Bildern muß man leben können.

*

Einzelnes herauszuheben bleibt ein ungerechtes Beginnen: man ist sich bewußt, daß man ebenso viel andere auch noch hinstellen könnte. Schön ist, daß auch die Juryfreien an Hedwig Weiß gedacht haben; ihre saubere, stille Art hätte es schon bei ihren Lebzeiten verdient. Ob Konrad Westermeyer, von dem man ein paar Porträts sieht, neben weiteren Andeutungen seines Wesens. Merkwürdig wirkt der Schweizer H., schwächer als sonst: als ob er es auf Tradition abgesehen hat und dabei an die Wirklichkeit der 80er Jahre geraten ist. Merkwürdig auch Bilder von Völker, der für sein unheimliches Gefühl eine festere Form gesucht hat und dabei seinem eigentlichen starken Lebensbezirk [illegible] abgeglitten zu sein scheint. Gut ein paar Bilder von einem neuen Mann, Gleichmann, nicht [illegible], aber echt. Auch Freytag hebt sich heraus — dann, von einer ganz anderen Seite her, Herrmann Konnerts, dessen Landschaften um ihrer sauberen Faktur willen angenehm auffallen. Daneben notiert man einen Waldsee von [illegible]kuhl, dessen ruhige Aufrichtigkeit des Gefühls sympathisch berührt, ein reinlich geordnetes gemaltes Kalla-Stilleben von Weise, einige auf Einfachheit und Tradition stilisierten Landschaft von Erik Richter, der neben Robert [illegible] wie ihr beiderseitiger Großvater einhersitzt. Im übrigen bestimmen etwa Maler wie Warke, [illegible], Frisch, Schwichtenberg, Herwig Crodel, Dei[illegible], Michaelson das Niveau der Haupträume. Nimmt man dazu Klaus Richter, Magnuss Zeller, der diesmal merkwürdig experimentierend und unkonzentriert wirkt, Heuser und Fritsch, ein paar Landschaften von Klein Diepold und E. Kühn, so hat man ungefähr beisammen, was sich auf der Seite heraushebt.

Noch ungerechter muß die Auswahl auf der Gegenseite ausfallen, weil dort bei der Vorbereitung das meiste noch alles im Werden ist. Sehr gut wirkt der große Plastikensaal in der Mitte, den Künnecke sehr diskret schwarz dekoriert hat. Als Geschlossene Gesellschaft sind die Weimarer, Klee, Muche, Kandinsky (der kunterbunt geworden ist) Schlemm, Feininger, Moholy-Nagy erschienen. Seltsamerweise spürt man gerade bei ihnen das zerpellte und zerpeitschte der Zeit ganz besonders stark. Ring, Freund, Otto Freytag heben sich hier heraus: vielerlei kleine Aquarelle neben sehr anspruchsvollen Formaten etwa von Nyback. Aber wie gesagt, es hindert das Unfertige stark den Ueberblick. Man wandert hindurch, pickt da und dort etwas auf, beschließt, noch einmal wiederzukommen, wegen der Plastik, die man sich diesmal näher besehen muß, und zieht sich auf die allgemeine Klärung der Situation zurück, die die Ausstellung gibt. Man wandert noch einmal hin, hierhin und dorthin — von den bemalten Schränken von Oehme bis zu den lieben Mädchen von [illegible], stellt sich den großen Wurstkessel vor, den die Ausstellung im Rohzustand bedeuten muß, und denkt im Abgehen: Der Professor Sandkuhl ist doch ein sehr tüchtiger Mann! **Fechter.**

„Chastelard“.

Swinburne in den Kammerspielen.

Swinburne, wenn man es kurz — allzu kurz natürlich — sagen wollte, war ein Eduard Stucken um die Mitte vorigen Jahrhunderts. Das ist ein anderes England, als uns heute vor allem gegenwärtig ist, es ist das Seelenland Ruskins und der Präraphaeliten, die einen feinen Zweig am Stamme des Puritanismus darstellen, und deren inbrünstig vertiefte, aber auch treibhausartige Innerlichkeit in dem England des business um so intensiver wirkt. Swinburne für seinen Teil war bei allem Spiritualismus ziemlich frei von Puritanertum, stak voller Sinnlichkeit, künstlerischer, bacchischer und erotischer, in seinem „Chastelard“ vor allem voll erotischer.

Der Titelheld war einer von den vielen Günstlingen der Maria Stuart, und dieses tragische Spiel zeigt die Schottenkönigin vor dem fünften Akt ihres Daseins, den Schiller gestaltet hat. Swinburnes Maria ist dem Leben näher als dem Tode, den sie vorläufig andern bereitet. Sie hat für nichts Sinn als für Liebe, möchte gern alles andere verschlafen und die wachen Pausen mit Zärtlichkeiten füllen. Darnley — einen ihrer Gatten, bei dem sie gerade angelangt ist — nimmt sie nur, um den vermeintlich untreuen Ritter von Chastelard zu enttäuschen und zu quälen. Dieser aber verschafft sich in der Brautnacht Zutritt zu der Neuvermählten, wird von dem jungen Gatten ertappt und soll gehenkt werden. Soweit ist alles leidlich einfach.

Der vierte Akt bringt starke Spannungen und handfeste Effekte, aber die bis dahin klare innere Linie kompliziert sich bis zur Verwirrung. Maria schwankt, ob sie begnadigen soll, und beratschlagt mit ihren Frauen. Die sind dafür, weil sie natürlicher empfinden als die Königin, deren gefährlich unzuverlässiges Wesen immer deutlicher wird. In der nächsten Szene mit dem Gemahl wird sie ganz undurchsichtig, unterschreibt, durch wenige energische Worte von ihm geblufft, das Todesurteil und sucht es ihm dann wieder zu entreißen, in einem Hin und Her, dem der Zuschauer nicht zu folgen vermag, wenigstens gestern nicht zu folgen vermochte. So kam es, daß die grande amoureuse mehr als Merkwürdigkeit, wie ein interessant schillerndes Raubtier, denn verführerisch wirkte. Als Darnley geht, den Nebenbuhler umzubringen, beruft sie ihre Lords, um deren Meinung zu hören, ob sie begnadigen kann; die raten ab, sie aber schreit sie an und unterschreibt den Gegenbefehl, nachdem sie durch weitläufige, reichlich krause Reden die Lords entgeistert und den Zuhörer nervös gemacht hat da er annehmen muß, daß es über all der Rederei schon zu spät geworden sei. Das ist nun nicht der Fall. Im letzten Akt sieht man vielmehr daß es gar nicht so eilig war; aber nun wird die mühsam erreichte Begnadigung wieder hinfällig, da Chastelard sie ausschlägt. Ergebnis das Gefühl: wozu also die Hatz im vorigen Akt? Die Königin fügt sich nach einer neuen Liebesszene mit dem Eingekerkerten seinem Willen, aber als der Verurteilte unter Trommelwirbel abgeführt ist, erklärt sie plötzlich einer Hofdame, sie denke nicht daran, ihn sterben zu lassen; und sie folgt ihm, um es zu verhindern. Neue Spannung, dramatisch gut gemacht, aber auch neuer Umfall der Königin, die nicht eingreift, sondern ruhig das Haupt ihres Ritters fallen läßt, denn auf dem Gang zur Richtstätte hat sie sich Bothwell, ihrem nächsten Günstling, zugewandt und ihn auffällig ausgezeichnet.

Nach alledem stimmt der Zuhörer am Schluß dem inbrünstigen Wunsch jener Hofdame, sie möchte noch erleben, daß dieser Dirne einst ihr Tun vergolten würde, entschiedener zu als irgendeinem Wort der Heldin selbst.

Dies ist das Ende einer Tragödie, die angeblich aus tiefer Verehrung des Dichters für die schottische Königin geschaffen sein soll. Swinburne hat schöne Verse auch in diesem Stück geschrieben; aber die dramatischen und tragischen Qualitäten bleiben dahinter zurück.

Die Regie (Paul Günther) hatte allerlei für das Werk getan. In den ersten Szenen distanzierten zarte und leise Töne, und eine diskrete Musik überbrückte die Verwandlungen. Das Bühnenbild war durchweg glücklich und gab den romantischen Empfindungen durch Raumstimmungen Resonanz. Die englische Gotik mit den flachen Tudorbögen war geschmackvoll verwendet, bisweilen mit sehr schönen Farben oder einem archaischen Goldgrund gefüllt. Besonders einprägsam das Bild, wie in der Entdeckungsszene Darnley auf der linken Seite der Bühne in gelbem Lichte steht, das durch die offene Tür in den Schlafraum fällt, und auf der anderen Seite die Königin im blauen Nachtgewand im Halbdunkel kauert und dem Todgeweihten, der abgeführt wird, starr nachblickt.

Aber die Regie hätte auch die jähen Ausbrüche der beiden Hauptdarsteller abdämpfen sollen. Der Chastelard (Walter Janssen) schrie wiederholt in nächtlichen Szenen, wo alles darauf ankommt, daß er nicht entdeckt wird, derartig, daß man erwarten mußte, das ganze Schloß würde zusammenlaufen. Und Maria Fein knallte verschiedentlich mit der Stimme los, daß man schwer umhin konnte, an Ferdinand Bonn zu denken. Im übrigen kommt man bei ihrem überreifen Virtuosentum um das Wort „manieriert“ nicht herum. Sie tat nichts, um das schwierige Gewebe des Dichters zu entwirren, es ist ja ihre Art, im Gegenteil das Einfache noch zu kaprizieren. Nur das Hysterische, das in der Rolle liegt, brachte sie „restlos“ heraus. Nirgends drang ihre Darstellung dem Zuschauer unter die Haut, und als am Schluß eine ganz Unbeteiligte beim Anblick der Hinrichtung in Weinen ausbrach, ergriff der simple Zug mehr als alle Kapriolen der Königin von Schottland. — Der Darnley von Fritz Kampers war aus einem Guß, hünenhaft, willensstark, ungeistig, ein prachtvoller Gegensatz zu dem ständig oszillierenden Weib. Von den kleineren Rollen waren einige in den Händen von Koryphäen minorum gentium.

Der Beifall blieb vereinzelt. —th.

Im Schillertheater ging gestern abend als erste Neuaufführung unter der Regie des Staatstheaters Henrik Ibsens „Volksfeind“ in Szene. Mit Eugen Klöpfer als Dr. Stockmann. Es war ein Erfolg, wie lange nicht in diesen heiligen Hallen; Klöpfer und Jeßner mußten am Schluß immer wieder auf die Bühne. Ueber das verstaubte Stück ist nichts zu sagen; über Klöpfers Prachtleistung morgen noch einige Zeilen. F.

Die zweite Aufführung des „Falstaff“ in der Staatsoper machte einen erheblich frischeren und lebendigeren Eindruck als die Premiere. Gewisse darstellerische Uebertreibungen, die dem mit feinkomischen Wirkungen rechnenden Stil des Werkes zuwiderliefen, waren verschwunden, und manche nicht so sehr an der Oberfläche liegenden Einzelheiten der Handlung kamen durch logischeres Zusammenspiel klarer heraus. Auch musikalisch fühlte man sich auf der Bühne sicherer, womit nicht gesagt sein soll, daß die in der Erstaufführung sehr bemerkbaren rhythmischen Ungenauigkeiten beseitigt gewesen wären. In dieser Hinsicht kann der Kapellmeister beim „Falstaff“ nicht streng genug sein; denn gerade die aufs feinste verzweigte rhythmische Struktur des Werkes muß mit peinlichster Akkuratesse behandelt werden, da auf ihr das Parlando — jenes Schweben zwischen Rezitativ und Sprechgesang — beruht. Dazu muß man allerdings die Partitur sozusagen auswendig können, wovon bei Selmar Meyrowitz einstweilen noch nicht die Rede ist. Von den Sängern gefiel mir auch diesmal Feodor Scheidl wieder am besten. Schorr als „Falstaff“ war stimmlich ebenfalls sehr fein, nur sollte er die Delikatesse im Gesang nicht zu weit treiben; denn gerade durch derbere Nuancierung gewinnt die Gestalt an Leben und Rundung. sehr.

Konzerte. Chor- und Orgelkonzert. Kurt Rosenhauer. Taborkirche. 21. Oktober, abends 8 Uhr.

In dem Beethovenabend, den Edwin Fischer in Gemeinschaft mit Werner Wolff am 22. Oktober in der Philharmonie zum Besten der Speisung Bedürftiger veranstaltet, gelangen die beiden Klavierkonzerte C-dur und Es-dur und die Symphonie Nr. 8 zur Aufführung. Die öffentliche Hauptprobe findet am Sonntag den 21. Oktober mittags 11½ Uhr statt.

Die Galerie Dr. Grosse u. Co. (Kurfürstendamm 179), veranstaltet ihr erstes Konzert am 21. Oktober, nachmittags 5½ Uhr, vor geladenen Gästen. Mitwirkende: Georg Bertram, Alice Schäffer-Kuznitzky, Rudolf Deman, Karl Dechert.

Aus den Theatern. Die nächste Einstudierung der Großen Volksoper ist „Carmen“. Die Orchesterproben sind bereits im Gange.

Im Renaissance-Theater wurde die Erstaufführung von Andrejew: „Die Tage des Lebens“ auf Dienstag, den 30. Oktober 1923, verschoben. Gelöste Karten werden an der Tageskasse umgetauscht.

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 20. Oktober 1923.

Wechselnde Witterung.

Neue Tiefdruckwirbel im anziehen.

Die neueren Anschauungen, die in der Meteorologie in den letzten Jahren in entscheidender Weise durchgedrungen sind, haben gezeigt, daß den Kälteeinbrüchen aus polaren Gebieten besondere Beachtung zu schenken ist. Der Moment ihres Einsetzens bedeutet gewöhnlich eine durchgreifende Aenderung in der Witterungsgestaltung. Ein Kälteeinbruch schließt gewöhnlich eine längere Witterungsperiode ab und leitet nach voraufgegangenen starken atmosphärischen Störungen den Uebergang zu ruhigeren, gleichmäßigeren Witterungsverhältnissen ein, die im Sommer gewöhnlich zu trockenen warmen, im Winter zu trockenen kalten Tagen führen.

Das Wetter der letzten Woche gibt ein schönes Beispiel für diese Anschauungen. Eine lange starke Regenperiode, die sich durch ihre Intensität und Dauer schon unangenehm fühlbar machte, war bis zum Wochenbeginn vorherrschend. Zu Anfang dieser Woche setzte der Umschlag mit einem eindrucksvollen Kälteeinbruch ein. Der Vorstoß kalter polarer Luft war so wirksam, daß an vielen Orten des europäischen Festlandes die Temperatur den Gefrierpunkt erreichte. In den Mittelgebirgen bis herab auf 900 Meter Höhe setzte Schneefall ein. Der Kälteeinbruch leitete aber rasch zu einer wesentlichen Besserung des Wetters über. Die vorgedrungenen kalten Luftmassen entwickelten, entsprechend ihrer größeren spezifischen Schwere, ein barometrisches Hochdruckgebiet über Zentraleuropa, das aufheiternde Witterung mit sich brachte. Mit einsetzender Sonnenstrahlung begann die Erwärmung der ursprünglich kalten Luftmassen. Dieses barometrische Hochdruckgebiet hat um die Mitte der Woche größere Ausdehnung angenommen und beherrscht auch jetzt noch die Wetterlage. Südliche Winde, die in seinem Bereiche neuerdings aufgetreten sind, erhöhen die Temperatursteigerung wesentlich. Auf diese Weise hat der hohe Luftdruck uns nochmals einige, wenn auch abgeschwächte, so doch immer noch angenehm milde Nachsommertage gebracht.

Fast hat es den Anschein als würde dieses Hochdruckgebiet die Wetterlage längere Zeit günstig beeinflussen. Auf jeden Fall werden die atlantischen Tiefdruckwirbel, die Träger des schlechten Wetters, nur langsam wieder in unser Gebiet vordringen und voraussichtlich erst später, um die Mitte der kommenden Woche, wieder von durchgreifendem Einfluß werden.

Zwei Stadtverordnetensitzungen.

Da die letzte Stadtverordnetensitzung wegen der kommunistischen Lärmszenen abgebrochen werden mußte, finden in der nächsten Woche zwei Sitzungen, und zwar am Donnerstag und Freitag statt. In der ordentlichen Sitzung am Donnerstag soll zunächst die neue Geschäftsordnung unter Dach und Fach gebracht werden. Sie gibt nicht nur dem Vorsteher größere Befugnisse, um Störungen der Versammlung entgegenzutreten, sondern soll auch einer terroristischen Minderheit die Möglichkeit nehmen, die Verhandlungen zu sabotieren. In der außerordentlichen Sitzung am Freitag soll dann der Ausschuß über die Umwandlung der städtischen Werke in eine privatwirtschaftliche Form berichten und die Frage, ob eine oder drei Aktiengesellschaften, in dritter Lesung entschieden werden.

Studentischer Wohnungstausch.

Zu Beginn des neuen Semesters seien die Berliner Studierenden, die eine auswärtige Hochschule aufsuchen wollen und ihre Eltern erneut auf die Zentrale für studentischen Wohnungstausch beim Akademischen Auskunftsamt an der Universität hingewiesen. Durch die hier vermittelten Austauschaktionen soll den Studierenden der Wechsel der Hochschule erleichtert, ihren Eltern sollen die Kosten für das auswärtige Studium des Sohnes verringert werden. Bezweckt wird kostenlose Gewährung von Wohnung möglichst auch Verpflegung, Heizung, Beleuchtung usw. an die im Austausch Aufzunehmenden. — Für Studierende, die aus Berlin stammen, liegen bereits zahlreiche Austauschmöglichkeiten vor, so mit München, Leipzig, Frankfurt, Halle Heidelberg, Tübingen, Dresden, Greifswald, Bonn, Jena, Hannover u. a. Interessenten wollen sich möglichst bald an das Akademische Auskunftsamt, Abt. Wohnungstausch, wenden.

Gebrauchte Briefumschläge im Postverkehr.

Gewöhnliche Briefsendungen, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift usw. durchstrichen und durch eine zweite Aufschrift — sei es auf der Vorder- oder Rückseite — ersetzt ist, sind, wie das Reichspostministerium mitteilt, mit Rücksicht auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus der Wiederverwendung gebrauchter Briefumschläge mit durchstrichener Aufschrift für den Postbetrieb ergeben haben, zur Postbeförderung nicht mehr zugelassen. Es bleibt aber weiterhin gestattet, gebrauchte Briefumschläge zwecks Wiederbenutzung zu wenden oder so zu überkleben, daß die alte Aufschrift und die früher verwendeten Marken, Stempel, Zettel usw. vollständig verdeckt sind. Auch ist versuchsweise zugelassen worden, bei gewöhnlichen Briefsendungen des inneren deutschen Verkehrs Briefumschläge mit zwei von einander abgehobenen Anschriftfeldern zu verwenden.

Achtung auf Metallhehler!

Die Metalldiebstähle dauern an. Neben den Lagern und Betrieben der Industrie sind es nach wie vor vorallem die staatlichen und städtischen Werkstätten und Verkehrsunternehmungen, die Straßeneinrichtungen und die Wohn- und Geschäftshäuser, die die Metallhehlerzunft versorgen müssen. Jeder einzelne hat also das stärkste Interesse, an der Aufdeckung und Bekämpfung der Metallhehlerei mitzuarbeiten. Es ist dem Publikum leicht gemacht, Mitteilungen über laufende oder frühere Metallhehlerei in Hände zu leiten, die bemüht sind, die Hehler zu überführen, ohne daß Name und Person dessen, der den Wink gegeben hat, der Behörde oder Dritten bekanntgegeben werden. In den Industriezentren, in Berlin beginnend, hat die Metallindustrie nämlich einen Eigentumsschutz eingerichtet, der z. B. lediglich in Berlin in 2¼ Jahren das Beweismaterial für etwa 800 große Metallhehlereiverfahren ermittelt hat und seit dem Ende des vorigen Jahres allein schon 133 Verurteilungen von Metallhehlern zu insgesamt 90 Jahren Zuchthaus und 34 Jahren Gefängnis in den von ihm veranlaßten Verfahren veröffentlicht hat.

Den Hehlern ist nun zwar durch die Bestrafungen und durch das neue Gesetz das offene Tagesgewerbe im Laden und Keller etwas verleidet worden. Gleichwohl ist nach wie vor die Mithilfe des Publikums zur Aufdeckung der Hehlernester erforderlich. Jeder achte daher auf den Geschäftsbetrieb zweifelhafter Metallaufkäufer (auch Straßenhändler) und teile seine Beobachtungen schriftlich oder mündlich in Berlin dem Verband Berliner Metall-Industrieller, Potsdamer Str. 112 II (Telephon Lützow 8140—8146), mit. Die Namen der Winkgeber bleiben auf Wunsch unbedingt geheim. Die entstandenen Unkosten werden vergütet.

Schützt die Tiere!

Vom Deutschen Tierschutzverein geht uns folgender Mahnruf zu: Tiere, die der unerschwinglichen Kosten willen nicht mehr gehalten werden können, setze man nicht einfach auf die Straße, wo sie dem Hunger und Elend schutzlos preisgegeben sind, sondern führe sie dem Tierhort des Deutschen Tierschutzvereins zu Berlin, Schicklerstr. 4 (nahe Jannowitzbrücke) zu. Die Aufnahme erfolgt ganz kostenlos, ebenso werden dort verunglückte Tiere selbst nachts angenommen. Tierquälereien wolle man in der Geschäftsstelle, Potsdamer Str. 125, zur Anzeige bringen.

Die Folgen eines „vergnügten Abends".

Daß jemand in einer Nacht dreimal hintereinander ausgeplündert wird, dürfte wohl selbst heute zu den Seltenheiten gehören. Dieses Kunststück ist jedoch einem Fabrikanten S. gelungen. Eines Tages war seine Frau ins Theater gegangen, und diese Gelegenheit wollte S. ausnutzen, um sich einen vergnügten Abend zu machen. Auf seiner Kneiptour begegnete er in der Nähe der Jannowitzbrücke einem Kontrollmädchen, das ihn in ein Lokal mitnahm, wo in Gemeinschaft mit einer anderen Frauensperson eine Kneiperei begann. S. war schließlich so betrunken, daß er den Mädchen seine Brieftasche übergab, um die Zeche zu bezahlen. Während der Fabrikant sich einen Augenblick entfernte, ergriffen die beiden Mädchen die Flucht. Als S. zurückkehrte und seine Freundinnen nicht mehr antraf, setzte er sich zu zwei anderen Frauenzimmern an den Tisch. Nach einiger Zeit folgte der Angetrunkene der Aufforderung der einen, sie zu begleiten. In der Holzmarktstraße fielen sechs bis sieben Personen über den Angetrunkenen her und raubten ihm einen Brillantring und die Uhr. Aber nicht genug mit diesen unangenehmen Erlebnissen, ließ sich S. gleich darauf von einem anderen Mädchen wieder ansprechen und folgte ihr in einen Hausflur in der Holzmarktstraße. S. fand sich nach einiger Zeit auf dem Boden liegend wieder, und es fehlte ihm nun auch noch sein letzter Wertgegenstand, den er bei sich hatte, eine Brillantnadel. Die Folge dieses Erlebnisses war, daß sich gestern neun Personen teils wegen Diebstahls, teils wegen Hehlerei und Unterschlagung vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1½ Jahren.

Pfahldörfer am Bodensee.

Auf dem badischen Bodenseeufer zwischen Meersburg und Ueberlingen werden wie in der Schweiz und in den österreichischen Alpenländern Pfahlbaudörfer in Nachahmung der ältesten Pfahlbauten aus der Steinzeit aus den vorhandenen Ueberresten wiederhergestellt.

Auch eine Notgemeinschaft.

In einer New Yorker Zeitung erschien folgende Anzeige: „Junger Mann, der sein rechtes Bein verloren hat, wünscht die Bekanntschaft eines Gentleman, der das linke Bein verloren hat, um sich mit ihm beim Einkauf von Schuhen und Stiefeln zusammenzutun. Schuhnummer 8."

Brotsturm.

Infolge der Brotpreiserhöhung von 620 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark die bereits am Sonnabend in Kraft treten soll, versuchten Freitag abend zahlreiche Personen noch Brot zu den alten Preisen zu kaufen. Dabei kam es vor vielen Geschäften zu Ansammlungen die erst zerstreut werden konnten, nachdem die Polizei festgestellt hatte, daß keinerlei Brote zurückgehalten wurden. In einigen Fällen mußte die Polizei allerdings feststellen, daß die Geschäftsinhaber Backware zurückbielten, um sie teils nur an ihre Kunden weiterzugeben oder zu den erhöhten Preisen zu verkaufen.

Gegen 7 Uhr erschien auf dem Polizeirevier die Bäckermeistersfrau Graf aus Tempelhof Berliner Straße 131, und bat um polizeiliche Hilfe da eine große Menschenmenge sich vor ihrem Laden angesammelt habe und eine drohende Haltung einnehme. Beamte der Schutzpolizei begleiteten sie und verkauften gemeinsam mit ihr die vorhandenen Brote. Ein ähnlicher Fall ereignete sich vor der Bäckerei von Huse, Koppenstraße 70. Hier verlangten noch etwa 1000 Personen, als der Laden um 7 Uhr geschlossen werden sollte, stürmisch den Weiterverkauf von Broten. Ihre Haltung wurde so drohend, daß der Geschäftsinhaber Polizei herbeirief. Der Reviervorsteher gestattete dann schließlich noch den Weiterverkauf von Brot bis 8¾ Uhr abends.

Zu einer Ansammlung von 500 Personen kam es gegen 6 Uhr vor der Bäckerei von Porath in der Uhlandstraße 105. Die Menge stahl von einem Wagen, der vor der Tür stand, mehrere Brote und versuchte dann gewaltsam in den Laden einzudringen. Gegen 7¼ Uhr war die Ansammlung bereits auf etwa 1500 Personen gestiegen, so daß die Polizei einschreiten und vier der Hauptschreier festnehmen mußte. Der Bäckermeister Richter in der Pfalzburger Straße verweigerte abends gegen 6 Uhr den Brotverkauf mit der Begründung, daß er kein Brot mehr habe. 50 Personen, die seinen Angaben nicht glaubten, riefen Polizei herbei und diese stellte fest, daß Richter noch etwa 20 Brote im Keller unter Mehlsäcken versteckt hatte. Die Brote wurden sofort verkauft, so daß jeder der Anwesenden etwa ein halbes Brot erhielt.

Petroleumexplosion in Lille.

In Lille ereignete sich am Freitag auf dem Petroleumwerk der Gesellschaft Pavo und Co. eine heftige Explosion. Das Petroleumlager von insgesamt 40 000 Litern stand in hellen Flammen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch glaubt man, daß der Sachschaden sehr erheblich sein wird. Nach den letzten Mitteilungen gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Zirkus Busch.

Im Zirkus Busch werfen die Weihnachtsfeiertage bereits ihre Strahlen, denn mit kommendem Sonntag setzen schon die besonders für die Jugend berechneten Sonntagsnachmittagsvorstellungen ein. Der erste Teil des Nachmittagsprogramms unterscheidet sich in nichts von den großen Abendvorstellungen, aber nach der großen Pause wird ab Sonntagnachmittag das wunderhübsche Märchen von „König Drosselbart", für die Manege bearbeitet, zur Aufführung gelangen. Im übrigen, Der alte Brauch wird nicht gebrochen: Sonntagsnachmittags ein Kind frei, weitere Kinder halbe Preise. Die Sonntagabendvorstellung wird eine Jubiläumsaufführung bringen, denn das wirkungsvolle Manegeschaustück „Zar Peter" mit Paula Busch als „Katharina", Reinhold Weiglin als „Zar Peter" und Henry Plehs als „Fürst Menschikow" geht zum 25. Male in Szene.

Lebensmittelpreise von heute.

In den Berliner Markthallen kosteten am 20. 10.:
(Preise in Millionen Mark)

1 Pfund	Rindfleisch	1500	—2400
1 „	Kalbfleisch	1500	—2800
1 „	Hammelfleisch	1500	—2200
1 „	Schweinefleisch	1700	—2400
1 „	Gehacktes		1800
1 „	Wildschwein	1600	—1800
1 „	Meiereibutter	3000	—3200
1 „	Margarine	1900	—2 00
1 „	Schmalz	2500	—2800
1 „	Rindertalg, ausgel.	2000	—2100
1 „	Pflanzenfett lose	1800	—2000
1 „	Speisekartoffeln	70	— 87,5
1 „	Kaffee geröstet	2400	—4000
1 „	Tee	3500	—7000
1 „	Kakao	1900	—2600
1 „	Zucker	750	— 800
1 „	Weizenmehl	520	— 750
1 „	Zander		850
1 „	Goldbarsch	380	— 500
1 „	Kabeljau	500	— 850
1 „	Spinat		100
1 „	Knollensellerie	50	— 150
1 „	Zwiebeln	120	— 130
1 „	Haferflocken	640	— 725
1 „	Roggenmehl		500
1 „	Weizengries	650	— 900
1 Blumenkohl		ab	200
1 bayr. Bierrettich			45
1 Ei			200

Die neuen Posttarife.

Gültig ab 20. Oktober 1923.

Sämtliche Beträge sind in Millionen Mk angegeben.
Ohne Gewähr

	Deutscher Ortsverkehr	Deutscher Fernverkehr	Ungarn, Tschechoslowakei	Ausland
Postkarten	2	4	14	18
Briefe b. 20 g	4	10	24	30
b. 100 g	6	14	84	90
b. 250 g	10	16	204	210
b. 500 g	12	18	384	390
Drucksachen bis 25 g	2		je 50 g 6	
„ 50 g	4			
„ 100 g	6			
„ 250 g	10			
„ 500 g	12			
„ 1000 g	15			
„ 2000 g	18			

Päckchen bis 1000 g 20, nur in Deutschland sowie nach Danzig und Memel zulässig.

Pakete: 1. Zone: bis 3 kg 25, 5 kg 35, 6—10 kg je kg 5 mehr, 11 kg 70, 12—20 kg je kg 10 mehr. 2. Zone: bis 3 kg 50, 5 kg 70, 6—10 kg je kg 10 mehr, 11 kg 140, 12—20 kg je kg 20 mehr. 3. Zone: bis 3 kg 50, 5 kg 70, 6 kg 120, 7—10 kg je kg 15 mehr, 11 kg 210, 12—20 kg je kg 30 mehr.

Postanweisungen: bis 100 Millionen 3, 500 Millionen 6, 1000 Millionen 10, 5000 Millionen 15, 10 000 Millionen 20, 0 000 Millionen 40.

Zahlkarten, bar eingezahlt: bis 100 Millionen 1, 500 Millionen 2, 1000 Millionen 3, 5000 Millionen 4, 10 000 Millionen 5, 20 000 Millionen 10, über 20 000 Millionen (unbeschränkt) 20.

Rohrpostsendungen: innerhalb des Ortsverkehrs Groß-Berlin für die Rohrpostkarte 24, für den Rohrpostbrief 28; Fernverkehr: für die Rohrpostkarte 26, für den Rohrpostbrief 34.

Einschreiben 10. **Eilbestellung**: für Briefe im Ortsbezirk 20, im Landbezirk 60; für Pakete im Ortsbezirk 30, im Landbezirk 80.

Telegramme: im Fernverkehr Grundgebühr 80, Wortgebühr 40; im Ortsverkehr Grundgebühr 40, Wortgebühr 20.

Telephon: Ortsgespräch 50; Ferngespräch (3 Minuten Dauer): Entfernung bis 5 km 50, 15 km 100, 25 km 150, 50 km 300, 100 km 450, darüber für jede angefangenen 100 km 150 Millionen mehr. Dringende Gespräche das Dreifache, Blitzgespräche das Hundertfache der einfachen Gespräche.

Wochenspielplan.

21. bis 29. Oktober.
(Ohne Gewähr.)

Erstaufführungen der Woche.

Künstlerth.: 27. Tybbke (7). — Schloßparkth.: 23. Die Perücke (8). — Renaiss.-Th.: 23. Die Tage des Lebens (7). — Thaliath.: 23. Scheidungsreise (7½). — Deutsches Opernh.: 27. Holofernes (7½).

Abendvorstellungen.

Staatstheater. Opernhaus: 21. Ring d. Nibelungen, 3. Tag: Götterdämmerung (6); 22. Außer Abonnement, Gastspiel M. Bohnen: Carmen (7); 23. Falstaff (7½); 24. mittags 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert, abds. 7½ Uhr; 1. Sinfoniekonzert; 25. Madame Butterfly (7½); 26. Der Schatzgräber (7); 27. Rich.-Strauß-Zyklus, 1. Abend: Salome (8); 28. Tosca (7½); 29. Rich.-Strauß-Zyklus, 2. Abend: Elektra (8). — Schauspielhaus. 21. Lumpazi Vagabundus (2½), Faust (7½); 22. Peer Gynt (7½); 23. Neu einstudiert: Minna von Barnhelm (7); 24. Lumpazi Vagabundus (7½); 25. Minna von Barnhelm (7½); 26. Peer Gynt (7½); 27. Faust (7½); 28. Wilhelm Tell (2½), Minna von Barnhelm (7½); 29. Peer Gynt (7½). — Schillertheater: 21. Flachsmann als Erzieher (2½), Ein Volksfeind (7½); 22. Kabale und Liebe (7½); 23. Ein Volksfeind (7½); 24. Nathan der Weise (2½), Kabale und Liebe (7½); 25. Flachsmann als Erzieher (7½); 26. Ein Volksfeind (7½); 27. Kabale und Liebe (7½); 28. Kabale und Liebe (2½), Ein Volksfeind (7½); 29. Kabale und Liebe (7½).

Dtsch. Opernh.: 21. Meistersinger (6), 22. Tiefland (7½), 23. Tannhäuser (7), 24. Traviata (7½), 25. Lohengrin (7), 26. Hoffmanns Erzählungen (7½), 27. Holofernes (7½), 28. Tosca (7½), 29. Eugen Onegin (7½). — Dtsch. Th.: Tägl. Pygmalion (7½), 22. Kabale und Liebe (7). — Kammersp.: 22., 24., 26., 28. Die Kinder (8), 23., 25., 2., 7., 29. Chastelard (7½). — Gr. Schauspielh.: Tägl. Bettelstudent (7½). — Lessing-Th.: 21.—25., 27.—29. Rausch (7½), 26. Wie es euch gefällt (7½). — Künstlertheater: 21. bis 26. Fürst von Pappenheim (7½), 27., 28., 29., Tybbke (7½). — Volksbühne: 21., 23., 26., 28. Der abtrünnige Zar (7½), 22. Die lustigen Weiber von Windsor (7½), 24., 27., 29. Und das Licht scheint i. d. Finsternis (7½), 25. Weh dem, der lügt (7½). — Residenzth.: Tägl. Prof. Storitzyn (8). — Kl. Th.. Tägl. Moral (8). — Trianonth.: Tägl. Joujou (8). — Centralth.: Tägl. Der Tenor d. Herzogin (8). — Schloßparktheater: 21., 22., 27. 28., Charleys Tante (8), 23., 24., 25., 29. Die Perücke (8), 26. Einsame Menschen (8). — Th. i. d. Kommandantenstr.: Tägl. Charlie (7½). — Komische Oper: Tägl. Die Welt ohne Schleier (7½). — Apolloth.: Tägl. Europa spricht davon (7½). — Th. i. Admiralspalast: Tägl. Drunter und Drüber (7¾). — Metropolth.: Tägl. Casinogirls (7½). — Th. a. Kurfürstend.: Tägl. Frau Warrens Gewerbe (7¾). — Tribüne: Tägl. Fannys erstes Stück (7¾). — Lustspielh.: Tägl. Vom Teufel geholt (7½). — Thalia-Th.: 21.—22. Mimiery (7½), ab 23. tägl. Die Scheidungsreise (7½). — Neues Th. a. Zoo: Tägl. Die Luxusfrau (7½). — Neues Operettenth.: Tägl. Die Siegerin (7½). — Th. i. d. Königgrätzer Str.: Tägl. Schweiger (8). — Berl. Th.: Tägl. Dolly (7½). — Komödienh.: Tägl. Mein Vetter Eduard (8). — Renaiss.-Th.: 21. Weibsteufel (8), 22. Geschlossen, 23. Die Tage d. Lebens (7), 24.—28. Die Tage des Lebens (7½). — Volksoper (Th. d. Westens): 21. Troubadour (7½), 22., 25. Zar und Zimmermann (7½), 23. Fidelio (7½), 24. Barbier von Sevilla (7½), 26. Rigoletto (7½), 27. Fledermaus (7½), 28. Julius Caesar (7½), 29. Tristan und Isolde (6½).

Nachmittagsvorstellungen.

Dtsch. Th.: 28. Alt-Heidelberg (2½). — Kammersp.: 28. Krokodil (2½). — Gr. Schauspielhaus: 28. Hamlet (2½). — Lessing-Th.: 21., 28. Bürger Schippel (3). — Künstlerth.: 21., 28. Biberpelz (3). — Residenzth.: 21., 28. Jugend (4). — Kl. Th.: 21., 28. Eine glückliche Ehe (4). — Trianonth.: 21., 28. Pfarrhauskomödie (4). — Th. i. d. Königgrätzer Str.: 27., 28. Erdgeist (3). — Berliner Th.: Rigoletto (3). — Nollendorfplatzth.: Madame Pompadour (3).

Treptow-Sternwarte.

21. 10. (4, 6 u. 8 Uhr): „Unter Wilden und wilden Tieren", 22. 10. „Shackletons Südpolexpedition", 23. 10. „Kometen und Sternschnuppen", 24. 10.: „Drahtloses Telephon für jedermann" und 25. und 27. 10.: „Filme aus dem Tierleben". Beginn 8 Uhr.

Fremde in Berlin.

Hotel Esplanade: Madame Archini Cafalerie (Mailand). — Charles Concannon (Boston).

Hotel Excelsior: Konsul Fuchsschwanz (Mannheim). — Oberbürgermeister Dr. Herfurth (Gera). — Bankdirektor Alschenheim (Frankfurt a. M.). — Konsul R. Berg (Santiago). — Attaché Dr. Cato (Brüssel).

Wetteraussichten.

Mild, vorherrschend wolkig, nur vorübergehend etwas Regen, mäßige Südwestwinde.

Standgerichte gegen Schieber.

Aus Warschau wird gemeldet: In Polnisch-Oberschlesien wurden gegen die Lebensmittelschieber Standgerichte eingeführt.

Auswärtige Börsen und Warenmärkte.

Pariser Börse.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
3% frz. Rente	55,79	55,50	Platin	716,00	740,00
4% frz. Anl. 17	60,2	60,15	Rio Tinto	24,4	4,20
5% frz. am. Anl	56,25	56,40	East Rand	27,00	24,00
4% span. aus. A	—	150,45	Goldfields	75,25	75,25
4½ Jap. A. 11	205,00	203,25	Modderfont. B.	89,25	88,50
4% [illegible]			Toms. Houst	—	809,00
russ. cons. A.	25,90	25,6	Rand Mines	217,50	212,00
5% russ. A. 06	30,95	31,50	De Beers gew	950,00	940,00
4% unif. türk. A	56,75	57,0	Baku	2580,00	590,00
Türkenlose	100,00	100,00	Lianosoff	547,00	562,00
B. de France	6900,00	6905,00	Naphte Russe	156,00	159,00
B. de Paris	1530,0	1519,00	Russian Oil	51,50	55,75
Cred. Lyonn.	1620,00	1630,00	Padang	369,00	358,00
Le Creusot					

Londoner Börse.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
2½ Konsols	58⅝	58⅝	Cons. Goldfield	[illegible]	[illegible]
4½ Kanada 1940-60	—	—	Goldfields Rhod	19,4½	20,0
			Modderfont. B.	[illegible]	[illegible]
3½ Kap. Kons.	100⅝	100,75	Anglo Dutch	36,0	36,3
4½ Arg. Res. 86	99,50	99,50	Randfontein	21,6	21,6
3½ Deutsche	14,00	14,00	Randmines	[illegible]	[illegible]
4½ Japan 1905	104,00	104,00	Tanganyika	17,3	17,3
4½ 2. Ser.	—	—	De Beers gew.	12⅝	12⅝
5% Mex. 1899	56,50	56,50	Rio Tinto	32	31,00
5% Russ. 1906	11,00	11,00	Rubber Trust	27,3	27,3
4% 1909	8,00	8,00	Anglo Americ.	3⅛	[illegible]
Mexican Eisb.	11,00	11,00	Anglo Persian		
Sao Paulo	140,00	140,00	„ Vorz.	—	—
Canadian Pac.	158,00	158,00	Eagle Tr. Pt. (5)	—	
Southern Pac.	95,00	95,00	Mex. Eagle	21,3	21,9
United Steels	—	—	Royal Dutch	30	30⅛
East Rand	6,6	6,6	Shell Transp.	3⅞	3⅞

New Yorker Börse.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Atchison Top.	96⅛	96	Reading	75⅜	74⅜
do. pref.	—	—	St. Louis & S. Fr.	—	—
Baltimore	56⅝	56⅛	Southern	32⅜	32⅜
Canadian Pacific	143	142	Southern Pacific	85⅜	85⅛
Chesapeake	65⅛	65	Texas Pacific	—	—
Chicago Milw.	14⅛	14	Union Pacific	—	—
do. Rock Island	21⅜	21⅜	Wabash pref.	9⅛	—
Erie	13⅛	13⅛	American Can.	—	—
Gr. North. pref.	55⅛	51⅛	do. Car & Fndr.	—	—
Illinois Central	103⅛	[illegible]	do. Hide & Lth.	—	—
Cans. City and S.	17⅛	17⅛	do. pref.	—	—
do. pref.			do. Smelt. & Ref.	55⅛	55⅛
Louisv. & Nashv.	87	86	Anaconda Corp.	35⅛	35⅛
Missouri Kansas			Bethlehem Steel	47⅛	47⅛
Missouri Pacific	26⅛	26⅛	Central Leather	14	14
Nat. R. Mex. 2 pr.	2⅛ G	2⅛ G	Internat. Merc. Mar	6⅛	7⅛
New York Centr.	[illegible]	100	do. pref.	26⅛	25⅛
do. Ont. & West	—	—	Studebaker Corp.	95⅛	96⅛
Norfolk & West.	101⅛	101	Un. Stat. Steel C.	87⅛	87⅛
Northern Pac.	51	50⅛	do. pref.	118⅛	118⅛
Pennsylvania	41⅛	41⅛	Umsatz — (—)		

Wiener Börse.

In Tausenden.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Mai-Rente	1,090	1,120	Krupp A.-G.	446	420,5
Febr. Rente	1,510	1,62	Mitterb. Kupf.		370
Oest. G.-Rente	18,800	18,5	Berg- u. Hütten	6450	—
„ Kr.-Rente	9,00	6,9	Poldi Hütte	1030	1025
Ung. G.-Rente		31,00	Prager Eisen	2370	—
„ Kr.-Rente	8,800	9,4	Rimamurany	244,9	237
Anglobank	361	360,1	Waffenfabrik	92	94
Bankverein	200	202	Brüxer Kohlen	2820	2930
Bod.-Cred. A.	430	435	Salgo	1215	1150
Oesterr. Kredit	297	295	Daimler	61,010	52,6
Ungar. Kredit	15,77	15,25	Skodawerke	1220	1210,1
Länderbank	357	360	Leykam Josefsthal	149	769
Oest. U. Bank	390	390	Galizia	26500	26100
Unionbank	332		Fanto	4600	4610
Türkenlose		332	O. Eisenbahnv.	1340	1360
Nordbahn	21900	21000	Kabelfabr. u. draht. Ind.	289	272
Ö. Staatsbahn	880	875	Oesterr.-[illegible] Magnesit A.	210	209
Südbahn	228	225	Brünner Masch	1450	1490
Sdb. Priorität	530,1	532,1			
Siemens Schuckertw.	217,9	204,9			
Alpine	697	704,5			

London, 19. Oktober. (Nachtrag.)

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Belgrad	382,50	385,5	Athen	284,00	292,5
Budapest	82 500	85 000	Lissabon	2,125	2,125
Christiania	2930,00	2918,50	Türkei	770,00	770,00
Kopenhagen	2509,00	2518,00	Prag	151,875	151,875
Stockholm	17,18	17,165	Sofia	465,00	465,00
Helsingfors	169,125	169,5	Warschau	4 250 000	4 600 000

Ueberseeische Wechselkurse auf London

	Notierung	Parität	19. 10.	18. 10.
Montreal	$ f. 1 £	4,86	4,58,25	4,58,125
Alexandria	Pst. f. 1 £	97½	97,46875	97,46875
Bombay	d f. 1 Rp.	24 d	1/4,5	1/4,5
Hongkong	d f. 1 Doll.	—	2/5,3125	2/5,3125
Manila	d f. 1 Doll.	24,066 d	2/2,0625	2/2,0625
Shanghai	d f. 1 Tael	—	3/0,475	3/0,875
Singapore	d f. 1 Doll.	—	2/4,15625	2/4,15625
Yokohama	d f. 1 Yen	24,58 d	—	—
Buenos Air.	d f. 1 Doll.	47½ d	39,00	39,15625
Lima	£ f. 1 per. Pfd.	par.		
Montevideo	d f. 1 Doll.	51 d	39,125	39,0625
Rio de Jan.	d f. 1 Milr.	27 d	5,0625	5,0275
Valparaiso	$ f. 1 £	$ 13⅓	37,15	35,50
Mexiko	d f. 1 Doll.	24,58 d	25,00	25,00

Paris, 19. Oktober.

	19. 10.	18. 10.
Roggen, Oktbr.	70	68
„ Novbr.	68¼	68¼
Weizen, Oktbr.	89½	89½
Novbr.	88	88¾
Mehl, Oktober	112¾	113½
Novbr.	113	113½
Hafer, Oktober	57½	57¼
„ Novbr.	57½	58½
Zucker, Oktob.	245	249
„ November	236	239
„ Dezember	236	238¼
Vorräte		

Le Havre, 19. Oktober

	19. 10.	18. 10.
Baumw., Okt.	643	635
Novemb.	624	622
Dezemb.	620	613
Januar	616	607
Februar	612	603
März	606	597
Kaffee, Oktb.	235½	231
Novemb.	228½	227
Dezemb.	216½	214½
Januar	211½	210½
Februar	204	203½
März	198	198½

Bankausweis.

Bank von England. 18. Oktober.

Gesamtreserve	24 058 000	+	547 000 Lstr.
Notenumlauf	123 363 000	—	546 000 „
Barvorrat	127 671 000		unverändert
Wechselbestand	71 731 000	+	422 000 „
Guthaben der Privaten	103 959 000	—	952 000 „
do. des Staates	15 792 000	+	2 291 000 „
Notenreserve	22 230 000	+	550 000 „
Regierungssicherheiten	41 609 000	+	380 000 „

Prozentverhältnis der Reserven zu den Passiven 20,09 gegen 19,85 in der Vorwoche. Clearinghouse Umsatz 672 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres weniger 43 Millionen.

Sport.

Vorschau auf Hoppegarten.

Sonntag, den 21. Oktober, 12½ Uhr, nachm.

Durch die enormen Tariferhöhungen der Eisenbahn, die die Hamburger Herbstrenntage zum ausfallen verdamten, kam Berlin ganz unverhofft noch zu einem weiteren bedeutsamen Turfereignis. Als einzigstes Rennen des Hamburger Programms wurde der Deutsche Stuten-Preis, die klassische Dreijährigenprüfung über 2400 Meter nach Hoppegarten übernommen. Nach den Stalldispositionen ist mit folgenden Startern zu rechnen:

Gest. Altefelds Lagune (Zimmermann) und Ferrara (Ludwig), Hrn. Gaeblers Constanza (Bleuler) und Landung (X), Hrn. Buggenhagens Falada (Staudinger), Hrn. Sklareks Aralinda (Rastenberger), Hrn. R. v. Wallenbergs Hohe Pforte (Jentzsch), Hrn. Trauns Irmich (Olejnik), Hrn. Sterns Mortala (Janko) und Herren v. Weinbergs Farnesina (O. Schmidt).

Am aussichtsreichsten wollen uns Hohe Pforte, Aralinda, Farnesina, Constanza und Falada erscheinen. Von diesen wiederum hat Hohe Pforte die bestechendste Form aufzuweisen; sie schlug zuletzt gute ältere Pferde wie Aberglaube und Rotdorn sehr sicher. An zweiter Stelle erwarten wir die Diana-Preis-Siegerin Falada vor Constanza und Farnesina.

Ein weiteres bedeutsames Ereignis ist das Hohenlohe-Oehringen-Rennen, das Aberglaube gegen Rotdorn Liane II und Pelide zu verteidigen haben wird.

Unsere Voraussagen: 1. Habazera—Habicht, 2. (Mortala) Liage—Fausta, 3. Sans Arout—Wippizo, 4. Aberglaube—Rotdorn, 5. Saint Helena—Dollar, 6. Hohe Pforte—Falada 7. Paloma—Sanguiniker, 8. Gestüt Weil—Gera.

E. S.

Voraussagen für Sonntag.

Köln. I. Trauerweide — Toni; II. Bianca — Reichswehr; III. Prinz Udi — Kritischer Tag; IV. Combattant — Domherr; V. Goldwert — Sarello; VI. Stall Pfeiffer — Cyrano; VII. Fokker — Mazzin.

München. I. Stall Lindenberg — Florentiner; II. Blau und weiß — Stall Lindenberg; III. Snob — Carlsminde; IV. Zahn — Emilio; V. Täbris — Stall Weber; VI. (Ausgleich ohne Gewichte); VII. Metis — Pippin.

Die Cesarewitch-Stakes, eines der berühmtesten englischen Rennen, kamen am Mittwoch in Newmarket über 3600 Meter zur Entscheidung und endeten mit dem Siege des französischen Vertreters Rose Prince aus dem Stall A. K. Macomber. Der Vierjährige wurde von Jockei Archibald zum Siege gesteuert, Aga Khans Teresina (G. Smith) und der Favorit Ceylonese (Lister) besetzten den zweiten und dritten Platz.

Lentulus, Abgott und Ordensjäger haben Hoppegarten verlassen, um ihre Tätigkeit als Beschäler aufzunehmen. Die beiden Vierjährigen finden in dem von Herrn L. Lewin gepachteten Gestüt Bockstadt bei Eisfeld in Sachsen-Meiningen Aufnahme, während Ordensjäger im Gestüt Neu-Cölln bei Freyenstein i. d. Prignitz eine Box beziehen wird.

Aus Westdeutschland kommt die befremdliche Nachricht, daß der nächstjährige Jockey des Staatsgestüts Altefeld, Reiß, zurzeit in Belgien für den Stall Mathieu reitet.

Die schnellsten Traber der Welt waren in diesem Jahre lauter Amerikaner. Der Zweijährige Guy Richard v. Guy Axworthy 1:19,1, die Dreijährigen Holyrood Leonard v. Chestnut Peter, Thompson Dillon v. Dillon Axworthy und The Senator v. Peter the Great, die alle drei 1:17,8 trabten, der Vierjährige Lee Worthy v. Lee Axworthy 1:16 und der Fünfjährige The great Bolo v. Peter the Great, ebenfalls 1:16. In Amerika traben die Zweijährigen den Kilometer unter 1:20. Wir haben im Lande kein altes Pferd, das dazu imstande ist. Daran kann man den Riesenvorsprung der amerikanischen Zucht klar erkennen.

Bei den Trabrennen zu Budapest erlag der bekannte Wiener Fahrer Cassolini, der im fünften Rennen die Stute Aspasia steuerte, kurz vor dem Ziel einen Gehirnschlag.

Eröffnung der Hochschul-Eisbahn.

Berlin hat wieder eine neue Kunsteisbahn, in keinem Palast und ohne Luxus, nur auf sportliche Bedürfnisse eingestellt. Die Kühlhallen am Gleisdreieck haben ihr oberstes Stockwerk in eine Eisbahn verwandelt. Die Fläche ist so groß, wie die des früheren Eispalastes in der Friedrichstraße. Einige Eisenträger, die als Deckenstützung dienen, hindern weder die Ausübung des Kunstlaufens noch des Schnellaufens; selbst Spielübungen können abgehalten werden. Umkleideräume sind genügend vorhanden. Diese Uebungsstätte ist angesichts der Unregelmäßigkeit unserer Eisverhältnisse außerordentlich wertvoll. Nunmehr können die Berliner Eisläufer sich einem gesicherten Training hingeben und den Sportleuten der anderen Nationen mit günstigerem Winterklima besser vorbereitet gegenüber treten. Das Verdienst, diese neue Eisbahn ins Leben gerufen zu haben, gebührt der Volkshochschule für Leibesübungen, insbesondere ihrem Leiter, Herrn Neukirch.

Der große Zuspruch zu den Eislaufkursen beweist, ein wie starkes Bedürfnis die Einrichtung war. Leiter der Eislaufkurse ist der bekannte Eisläufer Bieregg. Die Eisbahn wird Montags, Dienstags, Freitags von 6—10 Uhr von den Eislaufkursen belegt und ist Donnerstags, Sonnabends und Sonntags dem Publikum allgemein zugänglich. Eintrittspreis eine halbe Goldmark für dreimaligen Besuch der Eisbahn innerhalb einer Woche.

Für das 18. Große Skirennen der Schweiz hat der Skiclub „Alpina" in St. Moritz als Organisator die Tage vom 8. bis 10. Februar 1924 festgesetzt. Das Organisationskomitee unter Vorsitz des bekannten Oberst Thoma, St. Moritz, hat die Vorarbeiten zu dieser bedeutendsten schneesportlichen Konkurrenz des schweizerischen Wintersportprogramms bereits in Angriff genommen.

Berliner Fußball.

Die Verbandsfußballspiele werden am Sonntag mit Hochdruck fortgesetzt. Der B. V. Luckenwalde hat Tennis-Borussia zu Gaste und wird dieser, die nicht die stärkste Mannschaft stellen kann, das Nachsehen geben; ob Union-Charlottenburg in Schöneberg gegen die Kickers etwas erreichen wird, ist sehr fraglich; Viktoria wird aber der Erfolg in Mariendorf gegen Weißensee 1900 sicher sein. Die Begegnungen Union-Oberschöneweide gegen Berliner Sportverein und Minerva gegen Norden-Nordwest in Sadowa und Plötzensee bringen fast gleichwertige Gegner zusammen; vielleicht behält die größere Spielerfahrnis des Pokalmeisters über den noch jugendlichen Angriff der Plötzenseer die Oberhand. Nord hat in Tempelhof von Vorwärts gar nichts zu erhoffen; Alemannia sollte sich aber in Reinickendorf Union-Potsdam gegenüber behaupten können. Wacker und Südstern in Reinickendorf und Union 92 und B. f. B.-Pankow in Pankow sind in ihrem Ausgang ungewiß. Es ist aber leicht möglich, daß die größere Durchschlagskraft der Unionstürmer und das eifrigere Spiel der Südsterne ausschlaggebend sind. Jedenfalls ist ein sehr interessanter Spieltag zu erwarten, dessen Resultate auf die Stellung der Mannschaften einen großen Einfluß ausüben wird.

Handball der D. T. Mit vier interessanten Ligaspielen setzt der Kreis IIIb am Sonntag seine Meisterschaftsspiele fort. In Spandau begegnen sich der dortige T. S. V. 1860 und Tv. Guts Muths. Die B. T. Sportabteilung hat die Berliner Turngenossenschaft in Baumschulenweg (2 Uhr) zum Gegner. Ebenfalls in Baumschulenweg messen sich Tv. Nordwest und B. T. 7. M.-Abt. In Eichkamp empfängt die T. i. B. den Tv. Wilmersdorf. Die Spiele beginnen mit Ausnahme von B. T. Sport um 3.15 Uhr. Die erstgenannten Vereine dürften als Sieger zu erwarten sein.

In der Damenliga finden drei Spiele, statt: V. f. L. 58—B. T. G. (Niebuhrstraße, 2 Uhr); Spandau 60—B. T. (Spandau 10.30); T. i. B.—Dtv. Brühl (Eichkamp 10.20).

Handball-Städtekampf Leipzig—Berlin. Die Wiederholung des Handball-Städtekampfes Leipzig — Berlin zwischen den Mannschaften der D. T. findet am Bußtag, den 21. November, auf dem Tiergartensportplatz in Berlin statt.

Vom Radsport in Australien.

In dem kleinsten Erdteil, wo seinerzeit die deutschen Fahrer Robl, Rütt und Henry Mayer stolze Triumphe feierten, werden zurzeit durch die Rennbahnen Melbourne und Sydney lebhafte Versuche gemacht, den Radsport in diesem Jahre wieder zu heben. Für die kommende Wintersaison wurden daher eine Reihe bekannter Fahrer engagiert. Eine Zusage haben Willie Spencer, Corry, Walker und Keller (Amerika) erteilt, während Piani (Italien), Mac Namara (Amerika), Bellivier und Paul Didier (Frankreich) vor dem Vertragsabschluß stehen.

Egon Braun Auslese Hamburg

Flügel u. Pianinos
erstkl. Fabrikate in reicher Auswahl
Zahlungserleichterung
Oscar Weinert & Co. G. m. b. H. Bülowstr. 27

Friedenspreise!
Selten günstiges Angebot!
Klubgarnituren und Sessel in Ia Rindleder und Stoffbezügen,
Klubtische, Klubstehlampen, Schreib- und Armlehnsessel, Eiche
Max Lange, Potsdamer Str. 26b zwischen Potsdamer Platz u. Lützowstraße
Kein Ladengeschäft! Eig. Ausstellungsräume
Engros // Export // Gegr. 1878
Eigene Werkstätten im Hause.

Ständiges Lager von über 150 Standuhren
Büro- u. Ladenuhren, Wand- u. Küchenuhren, Stopp- Autouhren
Glashütter Lange Uhren
14 Karat Gold-Armband Uhren sowie Herren-Uhren
Gold. Trauringe, Juwelen
Alpaka-Bestecke
Karl Wutke
Uhrmachermeister
Invalidenstrasse 16
Ecke Gartenstrasse (Stett. Bhf.)
Gegründet 1900.

R. Greiner & Co. G. m. b. H.
Hohlglashüttenwerke
Rietschen O.-L.
Station der Berlin—Görlitzer Eisenbahn
Fabrikate:
Beleuchtungsgläser aller Art für Petroleum, Gas und Elektrizität, Artikel für chemische und elektrotechnische Zwecke

Stoewer-Nähmaschinen
Stoewer-Fahrräder
Stoewer-Schreibmaschinen
sind wegen ihrer erstklassigen Konstruktion u. Leistungsfähigkeit über die ganze Welt verbreitet
Acht goldene Medaillen und Meisterschaftspreise
Höchste Auszeichnung Staatsmedaille für gewerbliche Leistungen

STOEWER

PERSONEN- UND LASTKRAFTWAGEN
MOTORPFLÜGE → UNERREICHT IN KONSTRUKTION, AUSFÜHRUNG u. LEISTUNG
STOEWER-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT VORMALS GEBRÜDER STOEWER - STETTIN
Vertreten in Berlin für Personen- und Lastkraftwagen durch Filiale Berlin, Ausstellungs- und Verkaufsräume Berlin NW. 7, Unter den Linden 75/76 (Schultehaus), Fernspr. Amt Zentrum 11143; Reparaturwerkstätten NW. 7, Reichstagsufer 11, Fernspr. Amt Zentrum 2841. Für Motorpflüge Generalvertreter: Maschinencentrale, Fabrik landw. Maschinen A. G., Zweigstelle Berlin SW. 11, Dessauer Strasse 1 (Ecke Königgrätzer Strasse), Fernspr. Amt Lützow 4461, 4462.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Sonnabend den 20. Oktober 1923.

Amerikas Stellung in der Weltwirtschaft.

Auf dem Kongress der American Bankers' Association in Antlantic City am 25. Septbr. hielt der Präsident der National City Bank of New York Charles E. Mitchell eine Ansprache über „Die wirtschaftliche Lage und die Rolle der Bankiers", aus der sich mit besonderer Klarheit ersehen lässt, wie man in amerikanischen Finanzkreisen die durch den Krieg verursachte Veränderung der wirtschaftlichen Weltstellung sowie die gegenwärtige und zukünftige Wirtschaftslage des Landes beurteilt. Das Land befinde sich zur Zeit in der günstigsten Lage seit Beginn des Krieges. „Die Krisis von 1920 und 1921 war ernst, ja sogar die ernsteste in der Geschichte der Geschäftswelt, da fast die ganze Welt an den Ursachen beteiligt war, die zum Zusammenbruch führten. In unserem eigenen Lande war die Senkung der Preise ohne jeden Vorgang, da die Inflation allgemeiner und die Desorganisation des Welthandels und der Weltindustrie grösser war als je zuvor. Wie der Krieg zeitweise die Abhängigkeit Europas von unserem Lande erhöhte, so machte uns die Ausdehnung unserer Produktion zur Befriedigung des europäischen Bedarfs von den europäischen Märkten abhängiger als je zuvor, und ein Rückschlag war unvermeidbar. Indessen überwanden die Vereinigten Staaten die Verluste, und die wiedergewonnene günstige Lage ist etwas, worüber wir volle Genugtuung empfinden können. Unsere Produktivkräfte sind unversehrt und in voller Tätigkeit, unser Bank- und Finanzsystem kann allen Ansprüchen genügen. Wenn wir nach einer Erklärung dieses wunderbaren Zeichens der den Vereinigten Staaten innewohnenden Stärke und Wiederaufbaukraft suchen, finden wir sie zu wenigstens 90 % innerhalb unserer eigenen Grenzen. Das Wachstum unserer Bevölkerung, der natürliche und unwiderstehliche Drang unseres Volkes nach Tätigkeit und Fortschritt und die Vielseitigkeit unserer Hilfsquellen, welche uns fast völlig unabhängig machen, sind die Ursache für die Wiederbelebung von Industrie und Handel....

In den letzten 5 Jahren haben wir uns schrittweise von der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Auslande befreit. Vor dem Kriege waren wir grossenteils von Europa abhängig hinsichtlich des Absatzes unserer landwirtschaftlichen Produkte, aber unser Ueberschuss hieran ist jetzt nur noch verhältnismässig klein. Wir sind nicht mehr abhängig von europäischem Kapital, vielmehr in der Lage, Europa und andere Länder mit Kapital zu versorgen und auf diese Weise Märkte für unsere Waren zu gewinnen. Wir haben zwar die Tatsache zu beklagen, dass die Preise unserer landwirtschaftlichen Produkte gegenüber den Warenpreisen niedrig sind. Die wirtschaftlichen Gesetze sorgen aber für eine schrittweise Ausgleichung dieses Missverhältnisses. Unser industrielles Wachstum bringt das Wachstum einer industriellen Bevölkerung mit sich und damit auch einen wachsenden Verbrauch von landwirtschaftlichen Produkten im Lande . . .

Wir haben andauernd einen beträchtlichen Exporthandel. Die Handelsmöglichkeiten ausserhalb der wirtschaftlich gestörten europäischen Länder sind so gross, dass unsere Abhängigkeit von letzteren verhältnismässig gering ist, aber auch der Handel mit diesen Ländern besteht in beschränktem Umfange fort. Wir führen von ihnen wenig ein, was für uns unbedingt nötig ist, aber was diese von uns übernehmen, ist für sie lebensnotwendig. Die Störung des europäischen Handels hat Entwicklungen in anderen Teilen der Welt zur Folge. Wenn Deutschland z. B. weniger Rohmaterial einführt, so ist die Folge, dass es weniger Fertigwaren ausführt und dass andere Länder, unter ihnen die Vereinigten Staaten, mehr Waren herstellen und exportieren. Das völlige oder teilweise Ausscheiden eines Landes aus dem Kreise des Welthandels verursacht einen Stoss und eine vorübergehende Unterbrechung in der Warenzirkulation — ebenso wie der Verlust eines Gliedes des menschlichen Körpers dem ganzen System einen Stoss versetzt —, aber ebenso wie die Blutzirkulation sich selber wiederherstellen wird, so wird auch der Welthandel durch neue Verbindungen womöglich noch lebhafter wieder aufgenommen als zuvor." Mitchell führt als Beispiel einer solchen Umstellung des Welthandels die Vergrösserung des Handelsverkehrs der Vereinigten Staaten mit Südamerika an. Er fährt dann fort, dass sich die Vereinigten Staaten zurzeit in einer sicheren günstigen Wirtschaftslage befinden und dass man mit Vertrauen in die Zukunft blicken könne. Indessen müsse man sich schon jetzt darauf vorbereiten, dass die europäischen Länder in den nächsten Jahren nach Konsolidierung ihrer Verhältnisse wieder als Konkurrenten der Vereinigten Staaten auftreten werden. Man brauche die Konkurrenz nicht zu fürchten, aber man müsse schon jetzt Massregeln ergreifen, um dieser Konkurrenz voll gerüstet gegenüberzustehen. Zu diesem Zwecke verlangt Mitchell u. a. eine Revision der gegenwärtigen Einkommensteuer, grössere Sparsamkeit in den Regierungsausgaben und vor allem die Beseitigung aller den Handel beschränkenden Massnahmen der Regierung und jeder eigenen Tätigkeit derselben, insbesondere auf dem Gebiete der Schiffahrt und des Eisenbahnwesens.

Ueber die Wirkungen des sich noch andauernd vergrössernden Goldvorrats der Vereinigten Staaten äusserte sich Mitchell folgendermassen: „Es gibt gewisse oft als günstig betrachtete Tatsachen, die unter dem Druck der Konkurrenz zu unserm Nachteil ausschlagen können. Eine solche ist unsere ungewöhnliche Anhäufung von Gold, die von Monat zu Monat zunimmt. Jedem Bankier ist bekannt, dass jede Vermehrung der Goldreserven zu einer Ausdehnung des Kredits führen muss, dass eine allgemeine Ausdehnung des Kredits höhere Preise erzeugt und dass höhere Preise unsere Stellung auf dem Weltmarkte schwächt. Die Volkswirtschaftler und Finanzleute Europas erwarten zuversichtlich, dass sich hieraus eine Verschlechterung der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten ergeben, dass infolgedessen ein Goldstrom sich aus unserem Lande nach Europa ergiessen und die erhoffte industrielle Wiederbelebung erzeugen werde. Es ist ein sehr ernstes Problem, wie die Verteilung des Goldes vor sich gehen soll, ohne dass wir den üblichen Weg der Kreditinflation, der Verschlechterung der Handelsbilanz, des Fallens der Preise und der Kreditstörungen gehen brauchen. Die Anzeichen des letzten Frühjahrs waren alarmierend, aber die Geschicklichkeit der Geschäftswelt wendete die Gefahr damals noch ab. Die Gefahr droht uns aber so lange weiter, als das Gold dauernd weiter in unsere bereits übervollen Reserven fliesst. Wir befinden uns in der Lage, dass die Aktivität der Handelsbilanz wegen der an uns erfolgenden Zahlungen grosse Gefahren in sich birgt, wir aber andererseits nicht eine ungünstige Handelsbilanz wünschen können, weil sie eine industrielle Depression mit sich bringen würde. Wir befinden uns in einem Dilemma, dessen grösste Schwierigkeit darin besteht, das Gleichgewicht der Preise und gleichzeitig das Gleichgewicht des Handels aufrechtzuerhalten."

Finanz-, Generalversammlungs-, Bilanz-
und sonstige bedeutsame Anzeigen wirtschaftlicher Art erfahren die wirksamste Verbreitung durch die zu gleicher Zeit an den zwei Brennpunkten des deutschen Wirtschaftslebens
Berlin und Frankfurt a. M.
erscheinende
DAZ
Deutsche Allgemeine Zeitung

Beschleunigte Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika.

Errichtung einer amtlichen amerikanischen Vermittlungsstelle in Berlin.

Auf Anordnung des Präsidenten Coolidge der Vereinigten Staaten von Amerika hat der Treuhänder für das feindliche Eigentum in Amerika, Herr Colonel Thomas W. Miller, Herrn William W. Wilson, Assistent bei dem Treuhänder und Generalkonsul, und Herrn George E. Williams, Magazindirektor, mit umfassenden Vollmachten nach Berlin entsandt, um hier ein Bureau zu eröffnen, das den Zweck verfolgt, allen Deutschen Rat und Beistand zu gewähren, die gesetzliche Ansprüche auf Rückgabe von Geld oder sonstigem Eigentum haben, das in Amerika während des Krieges beschlagnahmt wurde und nunmehr unter der Verwaltung des Treuhänders für das feindliche Vermögen steht.

Herr Wilson empfing ein Mitglied unserer Redaktion und machte ihm folgende Mitteilungen über die Durchführung seiner hiesigen Aufgabe: Herr Wilson, der ein Bureau im Hotel Kaiserhof in Berlin errichtet, wird Mitteilungen an alle diejenigen ergehen lassen, die nach den Listen des amerikanischen Treuhänders Ansprüche der vorbezeichneten Art erheben können, und sie auffordern, selbst oder durch ihre Rechtsvertreter alle erforderlichen Informationen und gesetzlichen Unterlagen beizubringen, die geeignet sind, ihre Ansprüche gegenüber dem amerikanischen Treuhänder so zu stützen, dass die Prüfung und endgültige Erledigung durchgeführt werden kann.

Die Massnahme ist begründet in dem ernsten Wunsche sowohl des Präsidenten Coolidge wie des Treuhänders Colonel Miller Geld und sonstiges Eigentum, das nach der augenblicklichen amerikanischen Gesetzgebung rückgabefähig ist (also Geldforderungen bis zu 10 000 Dollar) mit aller nur möglichen Beschleunigung zurückzuerstatten.

Die Aufgabe der Berliner Stelle soll es sein, die ausserordentlich zahlreichen Unklarheiten, die bezüglich des Eigentums- oder des Forderungsberechtigten hinsichtlich der beschlagnahmten Gegenstände bestehen, an Ort und Stelle restlos aufzuklären. So namentlich bei den zahlreichen Beschlagnahmen gegenüber Banken die Nostro- und Lokoforderungen zu scheiden und alles erforderliche Urkundenmaterial zu beschaffen um das Verfahren in Amerika ohne weitere zeitraubende Rückfrage durchführen zu können. Herr Wilson wird, wie bereits oben erwähnt, nach den Listen des amerikanischen Treuhänders zunächst schriftliche Mitteilungen an alle ergehen lassen, die nach den Listen des amerikanischen Treuhänders dort als Berechtigte bekannt sind, und alsdann Termine zu einzelnen Besprechungen soweit erforderlich anzusetzen. Sollten Deutsche, die glauben Ansprüche stellen zu können, in den nächsten 4—6 Wochen keine derartige Mitteilung erhalten, so bittet Herr Wilson sie, sich zunächst schriftlich an ihn zu wenden, er wird alsdann das weitere veranlassen. Im Interesse einer glatten Durchführung dieser ausserordentlich dankenswerten Massnahmen der amerikanischen Regierung empfiehlt es sich zunächst, von persönlichen Vorstellungen abzusehen und die Aufforderung dazu durch das Bureau abzuwarten.

Herr Wilson beabsichtigt zunächst, etwa zwei bis drei Monate in Berlin zu verweilen und später sich nach Oesterreich und Ungarn in gleicher Aufgabe zu begeben. Die geltende amerikanische Gesetzgebung hat zwar zunächst nur die Freigabe deutschen Eigentumfl bis zum Werte von 10 000 Dollar zugelassen. Es ist jedoch zu hoffen, dass insbesondere mit den fortschreitenden Arbeiten der deutsch-französischen Kommission die Grenze erhöht wird, da der amerikanische Staat nicht beabsichtigt, deutsches Privateigentum zu Reparationszwecken zu beschlagnahmen.

Unser Redaktionsmitglied nahm auch Gelegenheit, Herrn Wilson über seine persönliche Ansicht in der Frage der Beschlagnahme deutscher Patente in Amerika zu befragen. Er erklärte, dass diese Beschlagnahme auch in Amerika allgemein die schärfste Missbilligung fände, und dass in den bevorstehenden Entscheidungen der niederen und auch der höheren Instanz ein Urteil auf Rückgabe der Patente an die amerikanische Regierung erwartet werde.

Ausschusssitzung des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.). Verstärkt durch Vertreter fast aller in Deutschland bestehenden Bankenvereinigungen und Privatbankiervereinigungen trat der Ausschuss des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.) unter Vorsitz des Verbandsvorsitzenden Geh. Justizrat Professor Dr. Riesser kürzlich zu einer ausserordentlich zahlreich besuchten Sitzung zusammen. Die Versammlung nahm zunächst einen Bericht des Präsidenten der Handelskammer Cöln, Geh. Kommerzienrats Dr. Louis Hagen, über die Beteiligung der Wirtschaft und insbesondere des Bankgewerbes an der Lösung des Reparationsproblems entgegen, der in eingehender Weise die bisherige Entwicklung des Reparationsproblems darstellte und sich, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im besetzten Gebiet mit den aussenpolitischen und innenpolitischen Voraussetzungen der Lösung der Reparationsfrage beschäftigte. Ueber das Währungsproblem und die über die Errichtung der Deutschen Rentenbank sprach der Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Franz Urbig. Seine Ausführungen, denen sich ein Korreferat von Bankier Alfred Maron-Dresden anschloss, fanden bei den Anwesenden so ungeteilte Zustimmung, dass sie als Meinungsausdruck des gesamten deutschen Bankgewerbes gelten können.

Keine Verhandlungen zwischen Stinnes und der Becker-Gruppe. Zu der von einigen Zeitungen verbreiteten Meldung über Verhandlungen zwischen der Stinnes- und Becker-Gruppe erfahren wir von massgebender Seite, dass diese Mitteilung unrichtig ist.

Der internationale Eisenerz- und Roheisenhandel.

Von **Dr. Johannes Pfitzner.**

II.*)

Von den Eisenexportländern wurde Frankreich bereits behandelt. Schwedens Ausfuhr belief sich 1913 auf 6,44 Mill. To. (davon 5,0 nach Deutschland), 1922 auf 5,32 Mill. To. Spaniens Ausfuhr betrug 1913 8,9 und 1922 3,8 Mill. To. Der Rückgang hängt mit der Erschöpfung der Eisenerzlager bei Bilbao zusammen. Rechnet man die Minette gleich ⅓ des schwedischen und spanischen Erzes, so erhält man als Ausfuhr der bedeutendsten Eisenexportländer in Millionen Tonnen:

Eisenerzausfuhr:	1913	1922
Schweden	6,4	5,3
Spanien	8,9	3,8
Frankreich	3,2	3,15

Auf dem Gebiete des internationalen Roheisenhandels spielen Grossbritannien und Frankreich jetzt weitaus die bedeutendste Rolle. In weitem Abstand folgen die Vereinigten Staaten. Deutschland, das früher an zweiter Stelle stand, führt jetzt mehr Roheisen ein als aus. Der Abnehmerkreis Englands ist bei weitem der umfangreichste; Frankreichs Ausfuhr richtet sich fast nur nach Deutschland, Saargebiet und Belgien, die amerikanische nur nach Kanada. Vor dem Kriege war indessen auch Deutschlands Ausfuhr ziemlich vielseitig und konkurrierte mit dem englischen Roheisen auf dem französischen, belgischen, holländischen, schweizerischen, italienischen, ja sogar auf dem englischen Markte; den österreichisch-ungarischen Markt beherrschte sie fast ausschliesslich.

Die Ausfuhr Englands, Deutschlands und Frankreichs an Roheisen und Eisenlegierungen betrug in 1000 Tonnen:

		1913	1921	1922
Grossbritannien	Roheisen	900,4	104,9	661,6
	Eisenlegierungen	181,8	33,3	145,0
Deutschland	Roheisen	782,9	238,9[1]	157,8
	Eisenlegierungen	73,6	9,9[1]	14,5
Frankreich	Roheisen	99,7	664,2	720,7
	Eisenlegierungen	12,9	6,3	9,5

[1]) Mai 1921/April 1922.

Die englische Ausfuhr von Roheisen und Eisenlegierungen ging 1922 in erster Linie nach den Vereinigten Staaten (384 400 gegen 126 800 im Jahre 1913), ferner besonders nach Belgien, Italien, Deutschland und Frankreich.

Der Absatz nach Frankreich hat stark an Bedeutung verloren, nachdem die lothringischen Hochöfen in Frankreichs Besitz übergegangen sind. Schweden und Japan haben sich von der englischen Einfuhr unabhängig gemacht, nachdem sie während des Krieges ihre Hochöfen stark vermehrt haben.

Deutschlands Roheisenausfuhr hat seit dem Verlust Lothringens die frühere Bedeutung verloren. Die Ausfuhr ging früher in erster Linie nach Belgien, ferner besonders nach Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Die Einfuhr hat andererseits stark zugenommen. Sie stieg für Roheisen von 124 300 To. im Jahre 1913 auf 294 300 To. im Jahre 1922 (davon 163 800 To. aus Lothringen). Die Einfuhr wurde stark begünstigt durch die Preisunterbietung Frankreichs, die durch die billige Reparationskohle ermöglicht war, und die Zollfreiheit des aus Lothringen eingeführten Eisens. An Stelle der hohen Mehrausfuhr der Vorkriegszeit ist jetzt eine ziemlich erhebliche Mehreinfuhr getreten.

Frankreichs Ausfuhr von Roheisen ging vor dem Kriege grösstenteils nach Belgien. Im Jahre 1922 gingen von der 720 000 Tonnen betragenden Ausfuhr 237 900 nach Belgien, 203 800 nach Deutschland, 141 000 nach dem Saargebiet. Neben Deutschland und Belgien kommen andere Absatzgebiete in grösserem Umfange kaum in Betracht, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit.

Dementsprechend konnte auch die Produktion nicht in dem Masse erhöht werden, als die Möglichkeit durch den Erwerb der lothringischen Hüttenindusrie gegeben war. In den Jahren 1920 und 1921 belief sie sich auf rund 300 000 t täglich gegenüber 435 000 t im Jahre 1913. Auch im Jahre 1920 wurde mit einer monatlichen Durchschnittsproduktion von 420 000 t noch nicht einmal die Produktion des alten Gebietsumfanges erreicht. Im Dezember war sie auf 515 000 t gestiegen. Infolge des Ausbleibens der Ruhrkohle nach der Ruhrgebietsbesetzung sank sie wieder auf 305 000 t im Februar. Im August betrug sie 486 000 t. Frankreich macht naturgemäss grosse Anstrengungen, um seinen Abnehmerkreis für Eisenwaren zu erweitern, da die Exportmöglichkeiten für Roheisen nur gering sind und Frankreich deshalb gezwungen ist, nach Möglichkeit die Eisenindustrie zu erweitern und damit ihren Roheisenbedarf zu steigern. Ende 1921 wurde ein Exportkontor „Longovica" gegründet, das bereits eine Reihe von Agenturen und Vertreterbureaus in Spanien, Marokko, Rumänien, London und Antwerpen eingerichtet hat. Abschlüsse sollen bisher hauptsächlich nach Brasilien und Kalkutta sowie nach der Schweiz, Holland und skandinavischen Ländern getätigt worden sein. Neuerdings ist zum Verwaltungsrat der technische Generaldirektor der Société Lorraine Minière et Metallurgique in Diedenhofen, früher Röchlingsche Stahlwerke A. Hentschel, ernannt worden, woraus sich schliessen lässt, dass jetzt auch dieses Werk dem Exportkonzern „Longovica" beigetreten ist.

Die Roheisen- und Stahlproduktion betrug nach einer Zusammenstellung von Jüngst im „Glückauf" in den Jahren 1913, 1921 und 1922:

Jahr	Ver. Staaten	Gross-britann.	Frankreich	Belgien	Deutschland	insgesamt
			Roheisen (Menge in 1000 t.)			
1913	31 463	10 425	5 207	2 485	19 312[1])	68 892
1921	16 956	2 658	3 361	876	7 620	31 471
1922	27 284	4 978	5 129	1 585	8 400	47 376
			Stahl (Menge in 1000 t.)			
1913	31 803	7 787	4 687	2 467	18 266[1])	65 010
1921	20 101	3 763	3 058	792	8 839	36 553
1922	34 011	5 926	4 471	1 483	9 144	55 035

[1]) Deutsches Zollgebiet.

Die Uebersicht zeigt u. a., dass Englands Eisenproduktion im Jahre 1922 erst die Hälfte der früheren Produktion erreicht hat. Die Verhältnisse sind im neuen Jahre auch nicht wesentlich besser geworden. Deutschlands Produktion beträgt kaum die Hälfte der Vorkriegszeit, was sich aber in erster Linie aus dem Verlust der lothringischen Hüttenindustrie erklärt. Belgiens Produktion ist gleichfalls noch stark zurückgeblieben. Dagegen weisen die Vereinigten Staaten günstige Ziffern auf; die Stahlproduktion übertrifft sogar die Vorkriegsziffern bereits im Jahre 1922 erheblich. Im neuen Jahre sind weitere Fortschritte zu verzeichnen; in letzter Zeit hat sich die Konjunktur allerdings wieder etwas verschlechtert und wird dementsprechend wohl auch auf die Eisen- und Stahlproduktion zurückwirken. Der prozentuale Anteil der Vereinigten Staaten an der Welteisen- und Stahlproduktion ist infolge der geschilderten Entwicklung von 46 auf 58 % für Roheisen und von 49 auf 62 % für Stahl gestiegen.

Bankbedingungen. Ueberweisungszahlungen. Geldentwertung. — Goldkonten. Der Verfasser des unter vorstehendem Titel im gestrigen Abendblatt erschienenen Aufsatzes ist Dr. Kunze, Magdeburg.

*) Siehe auch Nr. 480.

Die Stimmung für Devisen.

Im Laufe des heutigen Vormittags war der Dollar im Verkehr der Banken untereinander zunächst sprunghaft auf 18 000 Mill. Mark geklettert. Infolge einer daraufhin erfolgten Intervention der Reichsbank wurden die Kurse etwas gedrückt, der Dollar ging auf 17 bis 17 750 Mill. M. zurück, während das Pfund etwa mit 75 000 Mill. M. gesprochen wurde. Es wäre gewiss zu wünschen, dass die Intervention der Reichsbank die Kurse weiterhin noch etwas zu drücken vermöchte. Grosse Hoffnung besteht allerdings nicht, da die innen- und aussenpolitischen Zustände schlechthin als trostlos zu bezeichnen sind.

Am Geldmarkt hielt die Festigkeit ebenfalls an, tägliches Geld bedang bis zu 14 % Zinsen pro Tag.

Das Risiko der vereideten Makler. Die heutigen Verhandlungen zwischen dem Berliner Börsenvorstand und den vereideten Maklern ergaben bisher, wie uns berichtet wird, kein endgültiges Ergebnis. Prinzipiell soll aber eine Verständigung dahingehend erzielt sein, dass die Makler in Zukunft berechtigt sein sollen, ihnen zweifelhaft erscheinende Firmen als Aufgabe von Börsengeschäften abzulehnen.

Der Danziger Zwischengulden gesetzliches Zahlungsmittel. Der Danziger Volkstag nahm in seiner letzten Abendsitzung den Gesetzentwurf über die Einführung des Zwischenguldens, über den wir im heutigen Morgenblatt ausführlich berichtet haben, in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung endgültig an. Nach dem Gesetzentwurf wird als Rechnungseinheit im Gebiet der Freien Stadt Danzig der Gulden und der Pfennig anerkannt. Der Gulden ist gleich ein Fünfundzwanzigstel Pfund Sterling englischer Währung, der Pfennig ist ein Hundertstel Gulden. Die Reichsmark bleibt weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel und Rechnungseinheit. Andere als auf Reichsmark (Papiermark) oder Gulden lautende, im Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgestellte geldähnliche Zahlungsmittel dürfen vom 10. November 1923 ab im Einzelhandel nicht mehr in Zahlung genommen werden. Alles umlaufende Notgeld und alle geldähnlichen Zahlungsmittel, die auf Reichsmark lauten, soweit sie im Gebiet der Freien Stadt ausgestellt sind, sind spätestens am 1. Februar 1924, aus dem Verkehr zu ziehen. Der Senat wird ermächtigt, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel bis zum Betrage von sechs Millionen Gulden im Wege der Anleihe aufzubringen. Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Ferner wurde eine Entschliessung angenommen, worin der Senat ermächtigt wird, Vorkehrungen zu treffen dahin, dass Pensionäre Danziger Staatsangehörigkeit und ihre Hinterbliebenen, soweit sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig wohnen, die ihre Bezüge aus Kassen des Deutschen Reiches oder Preussens erhalten, diese Beträge stempelfrei in Gulden oder Pfennige umwechseln können.

★

Von einer Gruppe Danziger Banken ist zur Schaffung eines vorläufigen wertbeständigen Zahlungsmittels in der Rechnungseinheit des Danziger Guldens die Danziger Zentralkasse gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist lediglich die Ausgabe von Kassenscheinen (Inhaberschuldverschreibungen) in Danziger Gulden und Pfennigen gegen Hinterlegung des vollen Gegenwertes in englischen Pfunden. Die Kassenscheine sollen jederzeit bei Entrichtung eines Betrages von mindestens 25 Gulden bei der Gesellschaft in Schecks auf London einlösbar sein.

Leipziger Börse, 19. 10. (Wochenbericht.) Im Durchschnitt zeigte die Börse eine Haussestimmung, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellte (in Mill. Prozent): Hartmann Maschinen 11 000, Pittler —, Schubert u. Salzer —, Schönherr 20 000, Sondermann u. Stier 3500, Wotanwerke 15 000, Kirchner 20 000, Chemnitzer Spinnerei 9000, Falkenstein Gardinen —, Gautzsch —, Stöhr u. Co. 200 000, Tittel u. Krüger 50 000, Wernshausen 18 000, Glauziger Zucker 60 000, Mansfeld 32 000, Hupfeld 15 000, Etzold u. Kiessling 16 000, Leipziger Gummi 7500, Piano Zimmermann 15 000, Polyphon 15 000, Rauchwaren Walter 12 000, Sachsenwerk 10 500, Hugo Schneider 28 000, Fritz Schulz —, Steingut Colditz 30 000, Thüringer Gas 9000, Chemische Zeitz 42 000, Dux Auto 3500, Heine u. Co. 7000, Ver. Jäger, Rothe 2000.

Berliner Produktenbörse, 20. Oktober. Amtl. Notierung der Mittagsbörse ab Station. Mehl und Kleie brutto einschl. Sack frei Berlin. (in Millionen)

für 50 kg	20. 10	für 50 kg	20. 10
Weizen, märk.	31000–33000	Weizenkleie	14000–14500
pomm.	—	Roggenkleie	14000–14500
schles.	—	Raps	–
Roggen, märk.	29000–30500	Erbsen Viktoria	42000–45000
pomm.	—	Kl. Speise-Erbsen	—
schles.	—	Futtererbsen	—
westpr.	—	Peluschken	—
meckl.	—	Ackerbohnen	—
Gerste, märk.	—	Wicken	—
schles.	—	Lupinen, blaue	—
Hafer, märk.	24000–25000	gelbe	—
westpr.	—	Seradella, neue	—
schles.	—	Rapskuchen	21000–23000
Mais, Berlin	—	Leinkuchen	—
Hamburg	—	Trockenschnitzel	—
Mehl 70% Weizen	92000–99000	Torfmelasse	8000–9000
100 kg Roggen	59000–65000	Kartoffelflocken	—

Die Aufmerksamkeit ist jetzt in Wirtschaftskreisen allgemein auf die weitere Gestaltung der in- und ausländischen Politik gerichtet, und da es nach beiden Richtungen hin nicht rosig aussieht, so konnte der Dollar seinen Sprung aufwärts erneuern und der Wert der Papiermark ging weiter fast auf ein nichts zusammen. Geschäftlich blieb es am Produktenmarkt sehr ruhig. Vom Inlande fehlt es an Material, sogar zu wertbeständigem Gelde war nur vereinzelt Getreide und Mehl angeboten, so dass der Verkehr zeitweise fast ganz stockte. Die Preise in Papiermark stellten sich wieder merklich höher, in Goldanleihe wurden auch leichte Erhöhungen gefordert, waren aber meist nicht durchzusetzen. Nach Roggenmehl ist der Begehr wild und findet nicht genug Befriedigung, Weizenmehl weniger lebhaft. Andere Artikel weiter anziehend.

Erzeugerpreis für Vollmilch. Der Erzeugerpreis für Vollmilch beträgt ab Montag, den 22. Oktober, 294 120 000 M. für ein Liter frei Berlin.

Vom Hamburger Fischmarkt, 20. 10. (Eigenbericht.) Amtliche Notierungen am Fischmarkt Sankt-Pauli. Preise in Pfund und Mill. M. Schellfisch I 650, II 605—620, III 625—700, Wittling 320—540, Kabeljau I 500, II 550, III 650, Steinbutt 3125, Heringe 475—600. Zufuhr: 1 Dampfer mit 24 000 Pfund, 4 Hochsegler mit 7000 Pfund und 27 Elb- und Küstenfischereifahrzeuge mit 4000 Pfund.

Metallwochenbericht. Berlin, 19. 10. (Deutscher Metallhandel A.-G.) Entsprechend den Devisenkursen sind auch die Metallpreise wieder ganz ungeheuer heraufgesetzt worden, so dass die heutigen Notierungen um ein Vielfaches gegenüber dem Stande von vor acht Tagen erhöht worden sind. Obwohl der Konsum nach wie vor sehr zurückhaltend mit Käufen ist, sind die Umsätze gegenüber den Vorwochen etwas gesteigert, anscheinend im Zusammenhang mit den etwas festeren Metallnotierungen der Londoner Metallbörse. Es konnten sich in London in erster Linie Zink, Zinn und Blei wesentlich befestigen, während Kupfer nur eine kleine Preisbesserung aufzuweisen hat. Die Tendenz am Weltmetallmarkt ist weiter ziemlich fest, da das augenblickliche Niveau allgemein als nicht hoch angesehen wird.

Das erweiterte Zahlungsziel der Kaliindustrie. In den gestrigen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Kalisyndikat und den Vertretern der Verbraucher wurde eine Erweiterung des Zahlungsziels beschlossen. Bisher konnten die Abnehmer bei der Umrechnung der Goldmark in Papiermark den Kurs des Tages zugrunde legen, der dem Verladetage folgte, falls das Geld innerhalb von vier Tagen ausschliesslich Verladetag im Besitz der Berliner Bankstellen oder der Werkskassen war. Für Zahlungen, die später eingingen, galt der etwaige höhere Kurs des Tages des Zahlungseingangs. Diese Frist von vier Tagen ausschliesslich Verladetag ist zu einer Frist von sieben Tagen einschliesslich Verladetag erweitert worden. Für später eingehende Zahlungen bleibt die bisherige Regelung bestehen. Diese Erweiterung des Zahlungsziels ist trotz schwerer Bedenken der Kaliindustrie beschlossen worden in der Hoffnung, dass diejenigen Genossenschaften und Handelsfirmen, denen die bisherige Zahlungsfrist Schwierigkeiten bereitete, infolge dieses grossen Entgegenkommens des Kalisyndikats ihre geschäftliche Tätigkeit im Interesse einer ausreichenden Düngung der deutschen Aecker im früheren Umfange aufrechterhalten können.

Die Reichsbank in der 1. Oktoberwoche.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 6. d. M. ergibt, hat sich während der ersten Bankwoche im Oktober das Tempo der Zunahme der von der Bank zu befriedigenden Ansprüche an Krediten und an Zahlungsmitteln verlangsamt. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 28 963,7 (gegen 33 982,1 in der Vorwoche) auf 77 940,3 Bill. M., und zwar erhöhten sich das Schatzanweisungskonto um 25 015,3 auf 70 231,5, das Wechselportefeuille um 2941,8 auf 6601,9, das Lombardkonto um 193,8 auf 292,3 Bill. M. Die Vermehrung der Schatzanweisungsbestände ist, wie seit langem, ausschliesslich auf neue Kreditanforderungen des Reiches zurückzuführen. Der Zugang zum Wechselkonto — soweit er nicht in diskontierten Schecks und ganz kurzfristigen Inkassowechseln bestand — enthält grosse Beträge, die der Finanzierung der Lebensmittelversorgung dienten. Die neu ausgeliehenen Lombardkredite wurden in der Hauptsache als wertbeständige Darlehen erteilt. Von den neu bewilligten Kreditbeträgen blieben 10 176,8 Bill. Mark der Bank auf den Konten der fremden Gelder belassen, die sich dadurch auf 27 143,4 Billionen Mark ausdehnten. Die Steigerung der Banknotenausgabe erreichte diesmal nicht ganz den in der Vorwoche ausgewiesenen Betrag, der Umlauf wuchs um 18 704,2 auf 46 933 Billionen Mark. Der Goldbestand änderte sich nicht. Da die Ausleihungen der Darlehnskassen des Reiches in der Berichtswoche von 941,1 auf 875,5 Bill. M. zurückgingen, verminderten sich die Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen entsprechend um 65,6 auf 875,5 Bill. M.

6. Oktober. Sämtliche Zahlen in 1000 Mk.

	6. Oktbr. 23	29. Septbr. 23	7. Okt. 22
Metallbestand	18 255 795	20 854 098	1 044 445
davon Gold	443 927	443 927	1 004 855
a) Goldkassenbest.	432 615	432 615	—
b) Golddepot i. Ausl.	11 312	11 312	—
Reichs- und Darlehnskassensch.	875471 805 197	941 064 260 727	22 848 430
Noten and. Banken	447 170 112	133 223 352	2 213
Wechsel, Schecks	6601917206219	3660094270243	54 015 720
Diskont. Schatzanweisungen	70231 475 136 758	45216 224 352 2..	345 600 402
Lombardfordgn.	292328 917 856	98 521 903 661	143 625
Effekten	814582 319 107	1 801 570 570	376 270
Sonstige Aktiva	5234797280558	2643396970409	22 380 716
Grundkapital	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	160 502	160 502	127 264
Notenumlauf	46933001 414 751	28228815 494 419	344 171 631
Reichs- u. Staatsguthaben	9595026461961	8185466934638	20 364 769
Privatguthaben	17548342 845 94	8781149964892	67 025 430
Sonstige Passiva	9974667028142	7365824680896	14 542 727

★

Die Veränderungen auf den Reichsbankkonten stellen sich mit Einschluss der heutigen Veröffentlichung im Verhältnis jeweils zu dem voraufgehenden Ausweis wie folgt:

(in Milliarden Mark)

Ausweis vom	Notenumlauf	Lombardforderungen	Disk. Schatzanweisungen	Wechsel, Schecks	Privatguthaben
15. 6.	+ 1515,5	+ 10,6	+ 1978,2	+ 414,9	+ 337,3
23. 6.	+ 2186,6	+ 18,9	+ 2471,5	+ 879,7	+ 665,5
30. 6.	+ 4199,3	+ 86,8	+ 5440,0	+ 1000,4	+ 479,2
7. 7.	+ 2950,7	+ 87,0	+ 3508,0	+ 1686,7	+ 2412,1
4. 7.	+ 5249,9	— 13,6	+ 8063,9	+ 2460,3	+ 2303,6
23. 7.	+ 6333,1	+ 3,5	+ 9186,6	+ 2869,3	+ 3904,4
31. 7.	+ 11169,9	— 2287,7	+ 14655,3	+ 4388,9	+ 2678,3
7. 8.	+ 15731,9	+ 6071,0	+ 25894,1	+ 7026,0	+ 6886,9
15. 8.	+ 54075	+ 1940	+ 97986	+ 24191	+ 4157,8
23. 8.	+ 157503	+ 12055	+ 329246	+ 40164	+ 63614
31. 8.	+ 389293	+ 6521	+ 480 338	+ 74947	+ 112730
7. 9.	+ 518838	— 16376	+ 584243	+ 113795	+ 80330
15. 9.	+ 2001642	+ 30890	+ 2236970	+ 424588	+ 833438
22. 9.	+ 5444845	+ 532892	+ 8120984	+ 1497657	+ 2051694
29. 9.	+ 19661086	— 465145	+ 32906008	+ 1469457	+ 5314308
6. 10.	+ 18704185	+ 193807	+ 25015250	+ 2941822	+ 8767192

Zentralausschußsitzung der Reichsbank.

In der heute abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank berichtete der Vorsitzende, Präsident Dr. Havenstein, zunächst über die Entwicklung des Status der Reichsbank für die Zeit vom 24. September bis 6. Oktober. Er legte sodann mit längeren erklärenden Ausführungen den vom Reichsbankdirektorium aufgestellten Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875 vor. Der Entwurf zeigt gegenüber dem der Generalversammlung am 9. d. M. vorgelegten und von ihr einstimmig gebilligten einige Aenderungen, die dadurch notwendig geworden sind, dass die inzwischen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verabschiedete Verordnung über die Deutsche Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (RGBl. I S. 963) gegenüber dem damals vorliegenden Gesetzentwurf über Errichtung der Währungsbank mehrere wesentliche Aenderungen erfahren hat. Die Generalversammlung vom 9. Oktober hatte für solchen Fall die Ermächtigung ausgesprochen, dass die danach sich ergebenden Aenderungen des Bankgesetzes ohne Einberufung einer neuen Generalversammlung lediglich von der Zustimmung des Zentralausschusses abhängig gemacht werden sollten. Der Zentralausschuss stimmte den Ausführungen des Präsidenten und dem Verordnungsentwurf einstimmig zu. Einzelheiten über den Inhalt der Vorlage mitzuteilen verbietet sich, solange der Entwurf der Regierung noch nicht vorgelegt ist, was alsbald geschieht.

Verteuerung der Kohlen durch die behördliche Bewirtschaftung. Die Kosten der behördlichen Bewirtschaftung der Kohle stehen mit dem Bestreben, die Kohlenpreise tunlichst niedrig zu halten und dadurch mässigend auf das allgemeine Preisniveau einzuwirken, in unlösbarem Widerspruch. Die Erfassung der Kohle liegt elf dem Reichskohlenkommissar nachgeordneten amtlichen Stellen ob. Im Reichskohlenverband, der für die Ausführung der Beschlüsse des Reichskohlenrats Sorge zu tragen hat, sind 11 Syndikate zusammengefasst, für die die Richtlinien und Bedingungen des Reichskohlenrates, eines sechzigköpfigen Gremiums, in dem alle an der Kohlenwirtschaft beteiligten Kreise, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher, Händler, Sachverständige usw. vertreten sind, den Beetätigungskreis bestimmen. Dazu kommen 26 Landeskohlenstellen mit gleichfalls weitgehenden Befugnissen und gegen 1500 Orts-, Bezirks- und Kreiskohlenstellen. Es liegt auf der Hand, dass bei einer solchen Fülle behördlicher Institutionen die vorkommenden Arbeiten und Obliegenheiten nicht einmal, sondern oft zwei- und dreimal geleistet werden. Vereinfachungen und Zusammenfassungen sind hier gewiss ohne Schädigung der Sache möglich; angesichts des unbedingt zu erreichenden Zieles, den Preis der heimischen Kohle unter dem Weltmarktpreis zu halten, werden sie zu zwingender Forderung.

Berliner Wollversteigerung. Die nächste Versteigerung des Wollverwertungsverbandes findet am 2. November in Berlin statt. Bezahlung des Erlöses soll nur noch in Dollarschatzanweisungen oder in Goldanleihe erfolgen.

Erwerbsgesellschaften.

Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 150 % fest und beschloss, dem Aufsichtsrat den Gegenwert von 10 To., dem Vorsitzenden von 20 To. und dem stellvertretenden Vorsitzenden von 15 To. Brikett als feste Jahresvergütung zu gewähren. Neu in den Aufsichtsrat wurde Graf Arnim, Muskau, gewählt. Darauf berichtete der Generaldirektor Dr. Byren, dass die Aussichten auf dem Kohlenmarkt sehr schlecht seien. Bei den unerschwinglichen Kohlenpreisen muss mit den grössten Absatzschwierigkeiten gerechnet werden. Der vom Reichseisenbahnamt geplanten Einführung englischer Kohlen auf Kredit soll mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Es sind bereits allenthalben grössere Streiks sowohl in Oberschlesien wie in Mitteldeutschland ausgebrochen, welche als Folge der starken Geldentwertung zu betrachten sind. Nur durch Einführung einer längeren Arbeitszeit wird die Braunkohle wieder konkurrenzfähig werden; es müsste wieder wie in Vorkriegszeiten eine dritte Schicht eingelegt werden.

Alemannia Vereinigte Tonwerke A.-G., Berlin. Die Generalversammlung beschloss die Einberufung einer neuen ausserordentlichen Generalversammlung bis spätestens 1. Dezember d. J. mit derselben Tagesordnung. Als Grund dafür wurde vom Vorstand angeführt, dass die Vorbereitungen für die Einführung der Aktien an der Berliner Börse noch nicht beendigt sind, und dass ausserdem die Gesellschaft inzwischen ihr Werk Heinersdorf bei Landsberg (Warthe) für einen günstigen Goldpreis verkauft hat. Hierdurch konnte das bis dahin vorhandene Geldbedürfnis für eine Zeitlang zurückgestellt werden. Nach dem Bericht des Vorstandes war die Geschäftslage während der ersten neun Monate befriedigend. Vorläufig soll auf Lager gearbeitet werden.

A.-G. für Bürstenindustrie vorm. C. H. Roegner, Striegau, D. J. Dukas, Freiburg i. B., in Striegau i. Schles. Nach dem Geschäftsbericht für 1922/23 belief sich (in Mill. M.) der Reingewinn auf 1426,8 (i. V. 2,8). Davon sollen 5000 % (30 %) Dividende verteilt werden. In der Bilanz erscheinen Schuldner mit 2916,4 (14,7) und Gläubiger mit 1632,9 (7,1); ferner Vorräte mit 1378,9 (6,3). In der Zeit von Mitte Februar bis Ende April, in der die Devisenkurse niedergedrückt wurden, trat ein Missverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufspreisen ein. Löhne, Gehälter und Unkosten setzten ihren Aufstieg fort, so dass eine Senkung der Verkaufspreise, die allgemein von der Kundschaft im In- und Auslande erwartet wurde, nicht möglich war. Die Folge war eine Absatzkrise, die die Gesellschaft zu einer mehrere Wochen dauernden Einschränkung der Arbeitszeit nötigte. Trotzdem kann das Ergebnis des Geschäftsjahres, auch bei den beiden Tochtergesellschaften, als befriedigend bezeichnet werden.

Sachsen-Mühle A.-G., Niederoderwitz i. Sa. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 250 % fest, die nach Wahl der Aktionäre, in bar oder in einem halben Pfund Mehl zur Ausschüttung gelangen soll. Der Vorstand berichtet, dass die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres befriedigend verlaufen seien.

Kapitalserhöhungen.

Ostdeutsche Schuhfabrik A.-G., Königsberg i. Pr., um 30 bis auf 50 Mill. M.

Gebr. Funke A.-G., Düsseldorf, um 0,2 Mill. M. Vorzugsaktien über je 200 M. mit mehrfachem Stimmrecht.

A.-G. für Cartonnagenindustrie, Dresden-Loschwitz, um 23 Mill. M. Stammaktien.

Fabrik für Blechemballage O. F. Schäfer Nachf. A.-G., Berlin, um 20 Mill. M., ferner Erhöhung des Stimmrechtes der Vorzugsaktien.

Berliner Viehmarkt, 20. Oktober. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: 1729 Rinder, darunter 290 Bullen, 710 Ochsen, 729 Kühe und Färsen, 525 Kälber, 3224 Schafe, 1136 Schweine, 29 Ziegen, 45 Schweine aus dem Ausland.

Preise für 1 Pfd. Lebendgewicht: In Tausenden

	von	bis
Ochsen: vollfl. ausgemäst.	900000	950000
do. Weidemast	—	—
do. im Alter von 4—7 Jahren	80000	85000
junge fleischige, nicht ausgemästete	65000	75000
mäss. genährte jüng., gut genährte ält.	55000	60000
Bullen: vollfleischige, ausgewachsene	85000	90000
do. jüngere	70000	80000
mäss. genährte jüng., gut genährte ält.	55000	60000
Färsen: vollfleischige ausgemästete	85000	95000
Kühe: vollfl. ausgemäst. bis 7 Jahr.	85000	95000
ältere ausgemästete Kühe	70000	75000
mässig genährte Kühe, Färsen	60000	65000
gering genährte Kühe und Färsen	50000	55000
gering genährtes Jungvieh	55000	60000
Kälber: Doppellender, feinster Mast	—	—
feinste Mastkälber	180 000	200 000
mittlere Mast- und beste Saugkälber	150 000	160 000
geringere Mast- und gute Saugkälber	100 000	140 000
geringe Saugkälber	70000	80000
Schafe: Stallmastlämmer, jg. Hammel	85000	100 000
Hammel, geringere Lämmer	70000	80000
mässig genährte Hammel und Schafe	40000	60000
Weidemastschafe, Mastlämmer	100 000	120 000
geringere Lämmer und Schafe	—	—
Schweine: fett üb. 3 Ztr. Lebendgew.	—	—
vollfleischige, 240—300 Pfund	—	800000
do. 200—240 Pfund	—	800000
do. 160—200 „	—	800000
do. 120—160 „	750000	800000
do. unter 120 Pfund	700000	750000
Sauen	—	—

Marktverlauf: In allen Gattungen glatt, ausgesuchte Rinder wurden über höchste Notiz bezahlt. Richtpreise wurden nicht festgesetzt. Es herrschte freier Handel.

Rüg. Dreikronen-Schlemmkreide
geschl. gem. Roherde, Ferro-Oxydfarbe, 90 %, Fe, On, Fe, Os, ungemahlen — gemahlen
Hans Theilig, Berlin N. 4
Norden 9526–27 □ Import □ Export

Weinbrand Raetsch
Raetsch A.-G.
Grünberg in Schlesien

Eidgenössische Bank A.G. Basel
empfiehlt sich für die Besorgung handelsbankgeschäftlicher Transaktionen in der Schweiz
Wechselstube im Innern des Schweiz. Bundesbahnhofes in Basel

Bank Ludwig Tillmann
Hamburg
Wechselstuben:
Hotel Atlantic Hamburg ✱ Hotel Esplanade Berlin

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon; für den Volkswirtschaftl. Teil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt.: W. Würrle; Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Dumont & Co.; Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A. G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32.